

## Rüdiger Hachtmann

„Ein Magnet, der die Armut anzieht“. Bevölkerungsexplosion  
und soziale Polarisierung in Berlin 1830-1860

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.816>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, „Ein Magnet, der die Armut anzieht“.  
Bevölkerungsexplosion und soziale Polarisierung in Berlin 1830-1860,  
in: Leben und Arbeiten auf märkischem Sand. Wege in die  
Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700-1914, herausgegeben von Ralph  
Pröve und Bernd Kölling, Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld, 1999, S. 149-  
190

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor  
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur  
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.  
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1999), „Ein Magnet, der die Armut anzieht“. Bevölkerungsexplosion und soziale Polarisierung in Berlin 1830-1860, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.816>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, „Ein Magnet, der die Armut anzieht“. Bevölkerungsexplosion und soziale Polarisierung in Berlin 1830-1860, in: Leben und Arbeiten auf märkischem Sand. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700-1914, herausgegeben von Ralph Prüve und Bernd Kölling, Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld, 1999, S. 149-190

RÜDIGER HACHTMANN

## „Ein Magnet, der die Armut anzieht“

Bevölkerungsexplosion und soziale Polarisierung in Berlin 1830-1860<sup>1</sup>

Die preußische Hauptstadt sei „sehr groß“. Man könne „sich leicht verlaufen, so daß man weder Weg noch Steg weiß“, mokierte sich wohl auch aufgrund eigener leidvoller Erfahrungen der berühmte Historiker Jacob Burckhardt, 1839 aus dem beschaulichen Basel nach Berlin gekommen, um bei Leopold v. Ranke und Gustav Droysen Geschichte zu studieren. Auf andere wirkte die Preußenmetropole nicht so einschüchternd. Obwohl (oder: weil) Berlin im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts gleichsam „blitzschnell“ in die erste Garnitur der größeren europäischen Hauptstädte aufstieg, mit altherwürdigen Metropolen wie Wien gleichzog und andere wie Prag oder Rom in den Schatten stellte, äußerte Heinrich Heine, der mit der traditionsreichen kontinentaleuropäischen Metropole Paris wohl auch eine zu hohe Maßlatte ansetzte, 1822 verächtlich: „Berlin ist gar keine Stadt, sondern Berlin giebt bloß den Ort dazu her, wo sich eine Menge Menschen . . . versammeln, denen der Ort ganz gleichgültig ist.“ Es seien „mehrere Flaschen Poesie nötig, wenn man in Berlin etwas anderes sehen will als tote Häuser und (sehr lebendige) Berliner. Die Stadt enthält so wenig Altertümlichkeit, und ist so neu; und doch ist dieses Neue schon so alt, so welk und abgestorben.“ Auch Heine freilich sprach nicht für alle Berlin-Besucher. Anderen, die die französische Hauptstadt zumeist freilich nur flüchtig kannten, galt Berlin als „zweites Paris“ (so der Publizist Gustav Kühne 1843); vor allem sei, so staunten nicht nur Burckhardt und Kühne, die Hauptstadt Preußens „sehr groß“.<sup>2</sup>

1 Die Jahre 1830 bis 1860 umreißen nur grob den Zeitraum, der hier thematisiert wird. Manche Aspekte werden für längere Zeiträume diskutiert, um spezifische Entwicklungen von Vor- und Nachmärz besser herausheben zu können. In anderen Abschnitten stehen die Verhältnisse Ende der dreißiger bis Anfang der fünfziger Jahre im Vordergrund.

2 Zitate: Jacob BURCKHARDT, Briefe, hg. von Fritz KAPPAHN, in: Sammlung Dietrich, Leipzig o.J.; Heinrich HEINE, Briefe aus Berlin (1822); Gustav KÜHNE, Mein

Das war nicht immer so. Im 18. Jahrhundert war Berlin, von der Einwohnerzahl her betrachtet, eine Hauptstadt zweiter oder dritten Garnitur. Bis 1810 blieb das Bevölkerungswachstum Berlins unstat (Tabelle 1), wengleich ein grundsätzlicher Aufwärtstrend unübersehbar war. Deutliche Rückgänge der Einwohnerzahlen 1760 und 1810 waren Ausdruck vor allem politisch-militärischer Krisen (namentlich Siebenjähriger Krieg und Napoleonische Besatzung). Seit 1810 bzw. 1815 konnten dagegen politische Krisen – etwa die Revolution von 1848 – dem rasanten Wachstum der Einwohnerzahl Berlins nichts mehr anhaben. Absolut wurde das Bevölkerungswachstum Berlins 1800 bis 1880 nur von den beiden Millionenmetropolen London und Paris in den Schatten gestellt. Relativ wuchs Berlin im Vergleich zu den Hauptstädten Frankreichs und Großbritanniens sogar schneller – übertroffen nur von den britischen Industriestädten. Daß Berlin erst im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts zu europäischer Größe im wörtlichen – und ebenso im übertragenen – Sinne<sup>3</sup> heranwuchs, bringt Tabelle 2 zum Ausdruck: Um 1800 lag Berlin im europäischen Maßstab hinsichtlich seiner Einwohnerzahl noch an siebter Stelle, 1850 bereits an fünfter und 1880 schließlich an dritter Stelle; nur die traditionsreichen Metropolen London und Paris blieben deutlich größer.

So rasch konnte Berlin nur wachsen, weil es stetigen Zuzug von außen erhielt. „Ein typischer Berliner ist nicht in Berlin geboren.“ Dieser Satz dürfte heute nur für das (in jüngster Zeit zudem unter Auszehrung leidende) akademische Milieu Berlins noch eine gewisse Gültigkeit besitzen – für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts stimmt er allemal, und zwar für die gesamte Einwohnerschaft, nicht nur für Teilgruppen. Der enorme Bevölkerungszuwachs Berlins in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Tabelle 1)<sup>4</sup>

Carneval in Berlin, Braunschweig 1843, nach: Georg HOLMSTEN (Hg.), Berlin in alten und neuen Reisebeschreibungen, Düsseldorf 1989, S. 118f., 123f. bzw. S. 128f.

3 Berlin wurde mit der Revolution von 1848 in politischer Hinsicht neben Wien und Paris zur kontinental-europäischen Metropole. Auch im nationalen Rahmen lief die preußische Hauptstadt seit 1848/49 Frankfurt a.M. den Rang ab. Daß Berlin sich (allen politischen Widrigkeiten wie der Punktation von Olmütz Ende 1850 zum Trotz) seitdem zu einer Art informeller Hauptstadt Deutschlands entwickelte, habe ich an anderer Stelle skizziert: vgl. Rüdiger HACHTMANN, Die Hauptstädte in der europäischen Revolution von 1848, in: Dieter DOWE/Heinz-Gerhard HAUPT/Dieter LANGEWIESCHE (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Berlin 1998, S. 455-491.

4 Die Angaben der Tabelle sind vor allem aus zwei Gründen ungenau: 1. Bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein handelt es sich bei den Zahlen nicht um Ergebnisse von Naturalzählungen, sondern um Hochrechnungen auf Basis der Sterbefälle und Gebur-

resultierte zu etwa 93% aus der Zuwanderung „Fremder“ und lediglich zu 7% aus dem Geburtenüberschuß ortsansässiger Berliner.<sup>5</sup> Der Ausdruck „Fremder“, wie ihn die amtliche Statistik verwendete, sollte allerdings nicht irritieren: Neun von zehn Zugezogenen waren aus den preußischen Provinzen zugewandert, das Gros wiederum aus der Mark Brandenburg (1846 bis 1850: 42,6%). Ein relativ großer Prozentsatz der Neu-Berliner kam außerdem aus der Provinz Sachsen (14,2%), aus Schlesien (10,7%), aus Pommern (8,2%), aus Ostpreußen (5,4%) und aus dem unter preußischer Herrschaft stehenden Großherzogtum Posen (5,2%). Deutlich weniger waren aus dem Westen Preußens, aus dem Rheinland und aus Westfalen zugezogen (zusammen: 2,7%). 8,0% der Zugezogenen schließlich stammten aus den (übrigen) Ländern des Deutschen Bundes (darunter 0,1% aus Österreich-Ungarn), die meisten von ihnen aus den Staaten Nord- und Mitteldeutschlands. Diese Relationen blieben während des gesamten Zeitraumes 1841 bis 1865 nahezu unverändert.<sup>6</sup> In Berlin zeigte sich der Trend, daß die meisten Bewohner von auswärts kamen, zwar ausgeprägter als andernorts. Abgeschwächt war er jedoch auch in zahlreichen weiteren europäischen Haupt- und Großstädten zu beobachten. Einzigartig auf dem europäischen Konti-

---

ten sowie der Zu- und Abgänge. Insbesondere die Statistik der Wanderungsbewegungen war lückenhaft. 2. Die Erhebungsmethoden wurden laufend geändert. Bis Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts wurden arbeitslose Tagelöhner, Dienstboten und Handwerksesellen nicht mitgezählt, danach dann jedoch in die Bevölkerungstatistik einbezogen. Obgleich die amtliche Berliner Statistik bis Mitte der vierziger Jahre einen Grad an Präzision erreicht hatte, wie er anderswo kaum zu finden war, blieben vor allem aus den genannten zwei Gründen die vom Berliner Polizeipräsidium einerseits und vom Magistrat andererseits erhobenen bzw. errechneten Daten (wie es in einem Bericht der Armen-Direktion vom 12. Sept. 1845 heißt) „so verschiedenartig und sich selbst widersprechend, daß man zweifelhaft wird, welche Zahlen die richtigen sind“ (in: Landesarchiv Berlin, Stadtarchiv [LAB StA], Rep.03, Nr.454). Die Differenzen bewegten sich in einer Größenordnung bis zu ca. 5000 Einwohner. Zu diesen und weiteren methodischen Problemen vgl. Richard БОЕЧКН (Bearb.), Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dec. 1875 in der Stadt Berlin, Berlin 1878, Heft I, S. 8ff.; Karin WEIMANN, Bevölkerungsentwicklung und Frühindustrialisierung in Berlin 1800-1875, in: Otto BÜSCH (Hg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg, Berlin 1971, S. 150-190.

5 Vgl. WEIMANN, Bevölkerungsentwicklung, S. 164.

6 Für die Jahre zuvor wurden entsprechende Erhebungen nicht vorgenommen. Angaben nach: БОЕЧКН, Bevölkerungsaufnahme, III, S. 47.

nennt blieben dagegen Tempo und Ausmaß des Bevölkerungswachstums der preußischen Hauptstadt seit 1810 (Tabelle 2).

Während die Zivilbevölkerung Berlins seit 1810 in atemberaubendem Tempo wuchs, erreichte die Zahl der in der Preußenmetropole stationierten Militärs (absolut) dagegen in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms III. (1830 und 1840) eine Höhe, die sie schon zu Zeiten Friedrich Wilhelm I. (1720 und 1730) besessen hatte (Tabelle 1). Schwankungen der Zahl der Soldaten erklären sich bis Anfang des 19. Jahrhunderts aus der wechselvollen Geschichte Preußens und seiner Hauptstadt.<sup>7</sup> Zwar blieb auch das 19. Jahrhundert, in dem Berlin zur deutschen Hauptstadt aufstieg, höchst ereignisreich. Aber ein Ausbau der Berliner Garnisonen war seit Ende der dreißiger Jahre nicht mehr vonnöten, um das unruhige Berlin, das mit Revolten 1830, 1835, 1845, 1847 und schließlich der Revolution von 1848 der Obrigkeit in immer kürzeren Abständen die Sorgenfalten auf die Stirn trieb, gegebenenfalls mit militärischen Mitteln<sup>8</sup> im Zaum zu halten. Denn dank des rasch wachsenden Eisenbahnnetzes ließen sich weitere Truppeneinheiten binnen kurzem heranschaffen – vor allem aus den seit 1839 bzw. 1846 an den Schienenstrang angeschlossenen Garnisonen in Potsdam und Spandau. Deshalb, und weil die Polizei in der preußischen Hauptstadt im Frühsommer 1848 aufgestockt und modernisiert wurde, sah sich die Obrigkeit selbst nach der Revolution nicht veranlaßt, die Berliner Garnison übermäßig auszubauen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der in Berlin stationierten Soldaten nach 1848 deutlich unter dem Niveau blieb, das sie in den letzten Regierungsjahren des „alten Fritz“ und seines Neffen, Friedrich Wilhelm II., erreicht hatte.

Relativ, d.h. im Verhältnis zur zivilen Einwohnerschaft Berlins, war der

---

7 Im Siebenjährigen Krieg wurde Berlin weitgehend von Truppen entblößt. 1810 bestand das Militär vornehmlich aus den französischen Besatzungstruppen.

8 Nach innen spielte die preußische Armee, die von 1815 bis 1848 und, nach dem kurzen Schlagabtausch mit Dänemark im Frühjahr 1848 sowie kurzzeitigen militärischen Konfrontationen ebd. im Frühjahr 1849 und Sommer 1850, eigentlich mehr Operettenkriege, erneut bis 1864 in keinen äußeren Krieg verwickelt wurde, und ebenso das Militär in den meisten anderen europäischen Staaten, eine weit bedeutsamere Rolle als heute: Bis zur Revolution fungierten die regulären Truppen bei größeren Tumulten zugleich als innere Ordnungsmacht – wenn die in der Hauptstadt Preußen bis dato zweihundert Gendarmen nicht ausreichten. Diese exponierte ordnungspolizeiliche Stellung verlor das reguläre Militär erst Mitte 1848, als nach Londoner Vorbild in Berlin die Konstabler, eine zweitausend Mann starke moderne Schutzmannschaft, ins Leben traten.

Bedeutungsverlust der Garnison noch weit größer. Kamen 1730 und 1770 bis 1790 auf drei zivile Berliner ein Soldat, sah sich seit 1830 ein Militärangehöriger mit mehr als zwanzig, im Jahr der Reichsgründung sogar mit etwa vierzig Zivilisten konfrontiert. In München, der Residenz und Hauptstadt eines deutschen Mittelstaates, die freilich auch weit weniger Einwohner zählte als Berlin und nur begrenzten Anschluß an das entstehende nationale Eisenbahnnetz gefunden hatte, war das zahlenmäßige Gewicht der in der Stadt selbst garnisonierenden Soldaten mehr als doppelt so groß (Tabelle 3).

Der sozialkulturellen Bedeutung des Militärs in Preußen und auch seiner Hauptstadt tat die (prozentual) geringe Zahl der in Berlin stationierten Soldaten freilich keinen Abbruch. Noch in den vierziger Jahren prägte die „Militärhierarchie“ das Straßenbild vor allem in der Mitte Berlins, bevölkerten zahlreiche Offiziere die (vornehmeren) Konditoreien. Namentlich das Café Kranzler (Unter den Linden/Ecke Friedrichstraße) war „die Walthalla der Berliner Gardeleutnants, wo sie, nachdem sie rechts und links kommandiert haben, zur Belohnung für ihre Tapferkeit Eis und Baisers essen dürfen.“<sup>9</sup> Dennoch: Absolut stagnierte die Zahl der in Berlin stationierten Militärs; relativ ging sie rasch zurück.

Die Zivilbevölkerung verdoppelte sich dagegen in immer kürzeren Abständen (von 1760 bis 1820, von 1820 bis 1850 und von 1850 bis 1871; Tabelle 1). Die (wie sie in der amtlichen Statistik genannt wurden:) „Zugänge“, also die Neu-Berliner, die die Hohenzollern-Residenz überhaupt erst zur Großstadt und schließlich zur europäischen Metropole machten, rekrutierten sich nicht etwa gleichmäßig aus allen Sozialschichten. Berlin war vielmehr „ein Magnet, der die Armut anzieht“, wie die Augsburger Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 9. März 1847 bündig formulierte. Ein knappes Jahr später, am 7. Februar 1848 bestätigte die Vossische Zeitung, daß unter den Personen, die 1847 nach Berlin zogen, „nur sehr wenig wohlhabende, die Mehrzahl ziemlich unvermögende oder doch nur mit scheinbaren Mitteln versehene Individuen“ gewesen seien. Daß „die Reichen, die Wohlhabenden, kurz alle diejenigen, welche nicht unter die spezielle Rubrik der arbeitenden Klassen gehören und eine gesicherte Existenz mitbringen“, hinter den „reinen Proletariern“ sowie den „Abenteurern“ und

---

<sup>9</sup> Friedrich SASS, *Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung* (1846), ND 1983, S. 56; ähnlich auch Robert SPRINGER, *Berlins Straßen, Kneipen und Clubs im Jahre 1848*, Berlin 1850 (ND Leipzig 1985), S. 32.

„Lumpen aller Klassen, aller Provinzen, aller Länder“ unter den Neu-Berlinern völlig „verschwinden“ würden, hatten aufmerksame Zeitgenossen schon früher beobachtet.<sup>10</sup>

Mußten Feststellungen dieser Art noch ohne „statistische Data“, nur aufgrund eigener Anschauung, getroffen werden, konnte der berühmt-berühmte Berliner Polizeipräsident v. Hinckeldey für das Jahr 1851 dann genaue Zahlen präsentieren: Lediglich 5,9% der Zugänge entstammten in diesem Jahr dem Bürgertum oder den Mittelschichten. Alle anderen, also weit über neunzig Prozent, waren den sozialen Unterschichten zuzurechnen. 42,8% von ihnen waren Gesellen, qualifizierte Arbeiter und Lehrlinge, 50,4% Tagelöhner und Dienstboten (übrige: nicht kategorisierbar). Die meisten von ihnen waren jung, zwei Drittel männlichen Geschlechts.<sup>11</sup>

Zwar war Berlin ein Magnet, der die Armut anzog. Aber nur wenigen der zugewanderten Armen gelang es, aus den erbärmlichen Verhältnissen herauszukommen.<sup>12</sup> Der Pauperismus wucherte. Auf der einen Seite sei, so Gustav Kühne, der zur damals wichtigen Autorengruppe des Jungen Deutschland gehörte, Mitte der vierziger Jahre, „der Luxus gestiegen, die Üppigkeit, die der Reichtum entfaltet“, kurz: „mehr parfümierter Hochmut“ und „mehr brillanter Müßiggang“. Diesem sei auf der anderen Seite das „Elend, das in den unteren Klassen gräbt und wühlt“, immer „schärfer gegenübergestellt“, außerdem „mehr nacktes Verbrechen“, das aus der Not entstünde.<sup>13</sup> Ähnlich Heinrich Bettziech um 1845: Die schillernde Welt „der Vornehmheit und des Staatsglanzes“ konzentrierte sich „um das Brandenburger und das Potsdamer Thor herum“. Sie zöge zwar die Augen auf sich; die Welt der Reichen sei jedoch klein. „Nach den vielen entgegengesetzten Thoren hin breitet sich der viel umfangreichere Pol des Proletariats, des Verbrechens und der Armuth aus.“ Bei Bettziech, der 1848 als „Beta“ und Verfasser zahlreicher satirischer Flugschriften, weithin Bekanntheit er-

10 Zitat: SASS, Berlin, S. 149 bzw. 151.

11 Nämlich 9388 Männer gegenüber 4142 Frauen. Bericht Hinckeldeys an den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 24. Febr. 1852, nach: Lothar BAAR, Die Berliner Industrie und die industrielle Revolution, Berlin 1966, S. 171.

12 Die Tätigkeit der – wie sich in den vierziger und fünfziger Jahren herausstellte – völlig überforderten kommunalen und privaten Armenfürsorge auch nur in groben Umrissen zu skizzieren, würde den Rahmen eines Aufsatzes bei weitem sprengen; vgl. hierzu Ludovica SCARPA, Gemeinwohl und lokale Macht. Honoratioren und Armenwesen in der Berliner Luisenstadt im 19. Jahrhundert, München usw. 1995, bes. S. 92ff.

13 KÜHNE, Carneval in Berlin (1843), nach: HOLMSTEN (Hg.), Berlin, S. 128.

langte, wurde Berlin zu einer „Dame“: „Ihr Kostüm ist schäbig-gentil, hier und da äußerst kostbar und glänzend, aber wenn sie den Fuß hebt, kann man die zerrissenen Sohlen bemerken, und der feyne Strumpf könnte auch besser gestopft seyn.“<sup>14</sup>

Die feinen Strümpfe voller Löcher wurden freilich nicht geflickt; sie waren (um im Bild zu bleiben) mehr Loch als Strumpf. Die Dame Berlin hatte wachsende Mühe, ihr Äußerstes vornehm zu halten – angesichts der um sich greifenden Verelendungsprozesse. Die Schicht der Bürger war prozentual weit schmäler als das Bürgertum kleinerer Städte, z.B. Münchens (Tabelle 3). Das gilt nicht nur, wenn man den Besitz des mit der Stein'schen Städteordnung von 1808 eingeführten Stadtbürgerrechts zugrundelegt, mit Bürger also den traditionellen Stadtbürger meint. Wie dünn die Ober- und ebenso die Mittelschichten in der preußischen Hauptstadt bis zur Jahrhundertmitte geworden waren, zeigt deutlicher als die ursprüngliche, klassisch-ständische Zweiteilung nach Besitz/Nicht-Besitz des Bürgerrechts der Blick auf die soziale Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung nach der Statistik der Erwerbstätigen (Tabelle 4).

Die vorzügliche amtliche Statistik Berlins läßt genauere Blicke in das soziale Innenleben der drei Großgruppen Bürgertum, Kleinbürgertum oder Mittelschichten und Unterschichten oder Proletariat zu. Der in Tabelle 4 verwendete, eher moderne Sozialbegriff des „Bürgers“ ist der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, in dem sich die preußische Hauptstadt – und abgeschwächt auch zahlreiche andere deutsche und europäische Großstädte – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befand, sicherlich angemessener als der traditionelle, am klassischen Bürgerrecht orientierte Bürgerbegriff.<sup>15</sup>

---

14 Beta, Berlin und Potsdam. Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, München o.J. (ca. 1847), S. 28.

15 Das ist eine entscheidende Schwäche der ansonsten material- und aufschlußreichen Studien, die bisher im Kontext des Forschungsschwerpunkte „Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert“ entstanden sind: Ralf ROTH, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der städtischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760-1914, München 1996; Ralf ZERBACK, München und sein Stadtbürgertum. Eine Residenzstadt als Bürgergemeinde 1780-1870, München 1997; Karin SCHAMBACH, Stadtbürgertum und industrieller Umbruch. Dortmund 1780-1870, München 1996; Thomas WEICHEL, Bürgerschaft und bürgerliche Elite in Wiesbaden 1800-1914, München 1997. Vgl. dazu Rüdiger HACHTMANN, New trends in the German urban history?, erscheint in: German History, 17 (1999).

Ähnliches gilt auch für das von der historischen Forschung nur begrenzt untersuchte Kleinbürgertum<sup>16</sup> sowie die breite Vielfalt der unterbürgerlichen und unterkleinbürgerlichen Sozialschichten.

Möglich wird die Konstruktion einer relativ differenzierten Sozialstruktur für Berlin, weil in der preußischen Hauptstadt seit 1846 alle drei Jahre Volks- und Berufszählungen durchgeführt wurden (und die Berliner Statistiker zwecks Vergleichbarkeit und der Auskristallisierung grober Trends anhand von Indizien überdies plausible Schätzungen über die Größe der Berufsgruppen, nach Selbständigen und Unselbständigen geordnet, für die Jahre bis 1801 vorgenommen haben). Berlin mit seiner herausragenden amtlichen Statistik war freilich ein Ausnahmefall. Daß ähnliche Konstellationen auch für andere größere (und von der frühen Industrie geprägte) deutsche und europäische Städte existierten, kann nur vermutet werden.

Obzwar sich den in Tabelle 4 zusammengefaßten Daten genauere Aufschlüsse über Binnenstrukturen und interne soziale Wandlungen der einzelnen entnehmen lassen als bei Anwendung des Grobrasters „Bürgerrecht: ja oder nein“, können auch die hier verwendeten Sozialkategorien in einer Zeit des sozialökonomischen Umbruchs, in der die traditionelle ständische Gesellschaft bis auf marginale Restbestände längst in Auflösung begriffen war, eine moderne Klassengesellschaft sich jedoch noch nicht ausgebildet hatte, lediglich Anhaltspunkte bieten und grobe Trends beschreiben.<sup>17</sup> Aber die Tendenz ist eindeutig: Das zahlenmäßige Gewicht des Bürgertums und des klassischen Mittelstands (wohlhabende Handwerksmeister, Einzelhandel etc.) war und blieb gering, das der Unterschichten riesig.

Bemerkenswert ist, daß die Sozialschichtung der preußischen Hauptstadt über die ersten sechs Jahrzehnte eine beträchtliche Kontinuität zeigte – obwohl sich während dieses Zeitraumes die Einwohnerschaft mehr als verdreifachte (Tabelle 1). Abgesehen davon, daß hinter diesen Zahlen zum Teil Wandlungen stehen, die sich statistisch nicht fassen lassen<sup>18</sup> und sich wäh-

---

16 Für Berlin ist in dieser Hinsicht die Forschungslage vergleichsweise günstig – angesichts der schon fast klassisch zu nennenden Untersuchung über den gewerblichen Mittelstand von Jürgen BERGMANN, *Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung*, Berlin 1973.

17 Hierzu sowie zu weiteren methodisch begründeten Unschärfen der Zahlen in Tab.4 vgl. Rüdiger HACHTMANN, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997, S. 70-77.

18 Unklar ist, wo die unqualifizierten Arbeiter/innen beschäftigt waren, wie stark namentlich ihr Anteil an der Gesamtheit der Fabrikarbeiter war.

rend dieses Zeitraumes die Status- und Einkommenspolarisierung erheblich verschärfte, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß innerhalb der Untergruppen die Wandlungen mitunter beträchtlich waren: Wenn sich vom Jahrhundertbeginn bis Anfang der sechziger Jahre der Anteil des Bürgertums insgesamt an der Berliner Bevölkerung bzw. der Gesamtheit der Erwerbstätigen verdoppelte, dann lag dies u.a. daran, daß sich in dieser Zeit überhaupt erst eine breitere akademisch-intellektuelle und kulturelle Szene etablierte – allen politischen Restriktionen 1815 bis 1848 sowie 1850 bis 1859 zum Trotz. Es entstand überdies ein frühes akademisches Proletariat, eine wachsende Schicht noch nicht etablierter jugendlicher Intellektueller. Das prozentuale Gewicht beider Gruppen (Studenten etc. sowie Journalisten, Künstler usw.) verzwanzigfachte sich von 1801 bis 1860. Die Gründung der Friedrich-Wilhelm-Universität 1810 war hier natürlich ein wichtiger Einschnitt.

Der statistische Bedeutungszuwachs des Bürgertums während der ersten sechs Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hatte darüber hinaus noch einen weiteren Grund: Bis 1801 war Berlin in erster Linie Residenz und Verwaltungszentrum. Das blieb Berlin zwar weiterhin; seit den dreißiger Jahren faßte jedoch außerdem die Industrie allmählich Fuß, wurde Berlin zu einem der industriellen Ballungszentren Preußens. Den Wandlungen innerhalb der sozialen Großschicht Bürgertum – Abnahme des Anteils der höheren Beamenschaft, Wachstum der übrigen bürgerlichen Schichten – ist dies deutlich anzusehen. Nicht zuletzt die Wirtschaftsbourgeoisie im engeren Sinne verdoppelte ihren Anteil an der Gesamtheit der Bevölkerung bzw. Erwerbstätigen bis 1861 – um dennoch eine winzige Minorität von unter einem Prozent zu bleiben.<sup>19</sup>

Während das Bürgertum im hier definierten, modernen Sinne wuchs, minderte sich – statistisch gesehen – die Bedeutung der Mittelschichten. Verantwortlich hierfür war – neben einer relativen Stagnation des Anteils der niederen und mittleren Beamten – der Rückgang der wohlhabenden Meisterschaft bis 1861. Ihr Anteil ging – vermutlich vor dem Hintergrund der Anfang der fünfziger Jahre ausgreifenden Industrialisierung – zwischen 1840 und 1861 auf fast ein Drittel zurück.

---

19 Zu den inneren sozialen Wandlungen des Wirtschaftsbürgertums, den Veränderungen seiner Selbstsicht, seinen Mentalitäten und politischen Haltungen vgl. die (ähnlich wie die Arbeit Bergmanns) gleichfalls klassische Arbeit von Hartmut KAEUBLE, *Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung*, Berlin/New York 1972.

Wieder anders entwickelten sich die Konstellationen innerhalb des breiten Sockels der Unterschichten. Wenn hier etwas unbestimmt von Unterschichten die Rede ist und nicht der Terminus „Proletariat“ u.ä. gewählt wird, dann aus dem schlichten Grund, daß die Armenbevölkerung Berlins in eine Vielzahl sozialer Gruppen aufgesplittert war, die in Tabelle 4 mit den Kategorien „proletaroider Selbständige“, „qualifizierte Arbeitskräfte“, „unqualifizierte Arbeitskräfte“ und „Subproletariat“ nur recht grob und summarisch erfaßt wird. Die Vielfalt der sozialen Unterschichten war dadurch bedingt, daß sich die mitteleuropäische Gesellschaft in einem fundamentalen Prozeß der Wandlung, des Aufbruchs in die Moderne befand. Berlin hatte wie die meisten anderen Städte (in den überdies in der Regel Elemente traditionaler Sozialstruktur sichtbarer erhalten blieben) seine moderne Form der Sozialschichtung bis zur Jahrhundertmitte – und darüber hinaus – noch nicht gefunden.

Die Industrie hatte in der preußischen Hauptstadt zwar stärker Fuß gefaßt als in Wien, Paris sowie den meisten anderen europäischen Großstädten. Aber nicht moderne Leitsektoren wie der Maschinenbau oder gar die Elektroindustrie, sondern die klassischen Gewerbe, vor allem das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, dominierten – jedenfalls mit Blick auf die Beschäftigtenstatistik (Tabelle 5). Allerdings sank die Bedeutung der letzteren allmählich: Von 67% zu Beginn des Jahrhunderts über gut 45% um die Jahrhundertmitte bis auf 36% Anfang der sechziger Jahre, bei den abhängig Beschäftigten. Bei den nominell Selbständigen – unter ihnen zahlreiche Kleinmeister, die de facto zu Heimarbeitern abgesunken waren<sup>20</sup> – war dieser Prozeß deutlich schwächer.

Die Sektoren der Metallindustrie, die Berlin im letzten Drittel des Jahrhunderts zu einem wirtschaftlichen Zentrum Preußen-Deutschlands machten, traten dahinter zurück, trotz früherer Industriepioniere wie namentlich Borsig, dessen Unternehmen bei seiner Gründung 1837 fünfzig Beschäftigte, Ende der vierziger Jahre bereits 1200 und wenige Jahre später knapp zweitausend Arbeitnehmer zählte. Egells und Wöhlert zählten mit 800 und knapp 400 Arbeitnehmern Anfang 1849 gleichfalls zu den größten Maschinenbauunternehmen im deutschen Raum. Die elektrotechnische Industrie dagegen, die den Industrieraum Berlin seit Ende des 19. Jahrhunderts entscheidend prägen sollte, steckte um die Jahrhundertmitte noch gänzlich in den Kinderschuhen: 1848 beschäftigten die Pioniere dieser Branche Werner

---

20 Vgl. unten, S. 160f.

Siemens und Johann Georg Halske in ihrer Telegraphen-Bau-Anstalt gerade 18 Arbeitnehmer. Nach der Revolution von 1848 nahm das Unternehmen der elektrotechnischen Pioniere Siemens und Halske dann freilich einen rasanten Aufschwung: 1851 zählte die Belegschaft 50 Köpfe, 1855 gehörten dem Unternehmen in Berlin bereits 122, Anfang der sechziger Jahre immerhin 180 Arbeitnehmer an.<sup>21</sup>

Zwar stieg der Anteil der in den metallverarbeitenden Gewerben Beschäftigten an der Gesamtheit der Lohnabhängigen von gut 13% 1849 auf immerhin 20% 1861. Dennoch: Die Metallbranchen spielten – von den Beschäftigtenzahlen her betrachtet – lange Zeit nur die zweite Geige. Die Preußenmetropole blieb bis in die sechziger Jahre handwerklich geprägt, lediglich „durchspickt von Industrie und Dampf fabrication“.<sup>22</sup>

Innerhalb des Berliner Handwerks dominierten seit der Aufhebung der Zünfte als Zwangskorporationen und der Einführung der Gewerbefreiheit 1810/11 quantitativ das proletarische Handwerk, also die kleingewerblichen Kümmerexistenzen. Besonders stark waren sie im Textil- und Bekleidungs-gewerbe vertreten. Im Unterschied zu Maurer- und Zimmerermeistern sowie Buchdruckereibesitzern, die im Durchschnitt fünfzehn bis zwanzig Gesellen beschäftigten, aber auch im Gegensatz zum Töpfer-, Schlosser-, Stellmacher- oder Bäcker-gewerbe, wo auf einen Meister drei bis sechs Gesellen kamen, beschäftigten Weber-, Schneider-, Schuhmacher- oder Posamentiermeister im Durchschnitt nur einen einzigen Gehilfen; viele von ihnen mußten ganz ohne Gesellen auskommen.<sup>23</sup>

Zwar bestanden die Zünfte seit 1810/11 als Innungen weiter. Um sich selbständig zu machen, war es seitdem jedoch nicht mehr notwendig, einer Innung anzugehören und sich den Qualifikationsanforderungen der in der Innung organisierten, alteingesessenen Meistern zu unterwerfen. Im Prin-

---

21 Vgl. Wilfried FELDENKIRCHEN, *Siemens 1918-1945*, München/Zürich 1995, S. 677, Tab. 40.

22 Beta, Berlin und Potsdam, S. 28.

23 Zahl der Gesellen pro Handwerksbetrieb in Berlin 1846: Maurer 20,06; Buchdrucker 16,07; Zimmerer 14,92; Töpfer 5,92; Schornsteinfeger 5,58; Schlosser 3,95; Bäcker 3,55; Stellmacher 3,08; Schneider 1,42; Schuhmacher 1,27; Posamentierer 1,11; Barbieri 1,10; Wollenweber 0,40; Strumpfweber und -wirker 0,17; Baumwollweber 0,10. Angaben nach: BERGMANN, *Berliner Handwerk*, S. 160; Jürgen KOCKA, *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990, S. 320f.

zip konnte sich deshalb jeder selbständig machen. Dazu gehörten – namentlich in den von wachsender Armut gekennzeichneten vierziger Jahren – auch zahlreiche Gesellen, die bei einem ordentlichen Meister nicht mehr unterkamen und erwerbslos geworden waren. Nicht-zünftige Meister, von den zünftigen, etablierten zumeist verächtlich „Pfuscher“ genannt, waren vorwiegend Klein- oder Alleinmeister, die nur einen oder gar keine Gesellen beschäftigten und häufig genug am Rande des Existenzminimums, oder darunter, dahinvegetierten (Tabelle 6). Der umgangssprachliche Ausdruck „Dahinvegetieren“ ist durchaus wörtlich zu nehmen: Denn tatsächlich verwischten sich die Unterschiede zwischen proletaroiden Meistern und lohnabhängig Beschäftigten zusehends; nicht wenige Gesellen und qualifizierte Fabrikarbeiter verfügten über ein höheres Einkommen als Klein- und Alleinmeister (Tabelle 8).<sup>24</sup>

Besonders dramatisch entwickelte sich die Lage für diejenigen, die faktisch zu Heimarbeitern abgesunken waren, jedoch weiterhin – und gerade wegen ihres sozialen Abstiegs – auf ihrem nominellen Status „Meister“ beharrten. Namentlich im Textil-, Bekleidungs- und Holzverarbeitenden Gewerbe hatten sich nach frühkapitalistischen Kriterien handelnde Unternehmer, als (wie ein betroffener Meister formulierte:) „wuchernde Mittelspersonen zwischen das Publikum und die Gewerbetreibenden“ geschoben<sup>25</sup>

24 Vgl. auch zeitgenössische Berichte und Sozialreportagen, vor allem die Untersuchung des Studenten Heinrich Grunholzers, eines Schweizer Lehrers, der sich 1842/43 zur Weiterbildung in Berlin aufhielt, später in der Schweiz ein bekannter Pädagoge und Politiker wurde und im Frühjahr 1843 im Auftrag von Bettina v. Arnim eine Art Sozialreportage über die Wohn- und Lebensverhältnisse der v. Wülknitz'schen Familienhäuser im Voigtland durchführte: Heinrich Grunholzer, Erfahrungen eines jungen Schweizer im Voigtlande (Anhang zu: Bettina v. Arnim, Dies Buch gehört dem König. Zweiter Teil), in: Bettina von Arnim, Werke und Briefe, hg. von Gustav KONRAD, Darmstadt 1963, S. 227-254. Zu ersten Berichten (1824-1830) über die Zustände in den v. Wülknitz'schen Familienhäusern vgl. die ausführliche und um zahlreiche Dokumente ergänzte Darstellung von Johann Friedrich GEIST/Klaus KÜRVERS, Das Berliner Mietshaus, Bd. 1: 1740-1862. Eine dokumentarische Geschichte der von Wülknitz'schen Familienhäuser vor dem Hamburger Tor, der Proletarisierung der Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole, München 1980, S. 125-142, 193-213, 265-271; zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Königsbuches Bettina v. Arnims: ebd., S. 214-231, 238-243.

25 Gesuch von A. Tischler an den Magistrat vom 25. März 1848 sowie Petition dess. an die Deputation zur Beratung über das Wohl der arbeitenden Klassen vom 25. März 1848, in: LAB StA, Rep.16, Nr.67, Bd. I, Bl.48 bzw. Bl. 54-55 Rs.

und eine große Zahl formell selbständiger Weber-, Schuhmacher-, Schneider-, Tischlermeister usw., die weiterhin mit traditionell handwerklichen Produktionsmitteln arbeiteten, von sich abhängig gemacht. Diese Meister, wie sie weiterhin stolz firmierten, mußten zu niedrigsten Löhnen für Großhändler arbeiten, die ihrerseits die Beschaffung der Rohmaterialien und den Vertrieb der Fertigprodukte organisierten.

Die fließenden Grenzen zwischen Selbständigen und unselbständig Beschäftigten irritierten selbst die im Vergleich zum übrigen Deutschland vorbildliche amtliche Berliner Statistik: In Einzelfällen unterlief ihr das Versehen, Meister aus dem Textilgewerbe zugleich als (Heim-)Arbeiter zu zählen. Auch die Halbierung des Anteils der selbständig Gewerbetreibenden des Textilgewerbes an der Gesamtheit aller selbständig Gewerbetreibenden und der gleichzeitig starke Anstieg der Zahl der Gesellen und Arbeiter in diesem Gewerbe 1849 gegenüber 1846 (Tabelle 5) dürfte auf diesen sozialen Abstieg zurückzuführen sein; die faktische Abhängigkeit vieler Meister aus dem Textilgewerbe, insbesondere der Weber, von Großkaufleuten veranlaßte das Berliner Statistische Büro offenbar, diese nunmehr auch nominell den abhängig Beschäftigten zuzurechnen.<sup>26</sup> Verschärft wurde das Problem der statistischen Zuordnung zusätzlich dadurch, daß sich anscheinend nicht wenige Gesellen, die erwerbslos geworden waren, in Berufsgruppen, in denen für die Gründung selbständiger Existenzen nicht viel Anfangskapital notwendig war (Schneider, Schuhmacher etc.), nominell zu Meistern erklärten – ein Phänomen, das aus Krisenzeiten der zweiten Hälfte des 19. und aus dem 20. Jahrhundert bekannt ist, sich jedoch bereits für die Krise 1846 bis 1849 nachweisen läßt.

In welchem Ausmaß das Berliner Handwerk in Arm und Reich gespalten war, läßt sich besonders gut an den Zahlen über die Befreiung von der Gewerbesteuer ablesen. Gewerbesteuerpflichtig war jeder Handwerker, der mehr als einen Gesellen und einen Lehrling beschäftigte oder über soviel Kapital verfügte, daß er auch außerhalb der Jahrmärkte ein Lager mit fertigen Waren halten konnte. Befreit waren alle Handwerksmeister, die diese Kriterien nicht erfüllten, also proletaroid waren: Von sämtlichen Berliner

---

<sup>26</sup> Zur Doppelzählung von Textilemastern/-arbeitern und methodischen Unsicherheiten der zeitgenössischen Statistik in den vierziger Jahren vgl. Karl OBERMANN, Zur Klassenstruktur und sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849. Die Einkommensverhältnisse in Gewerbe und Industrie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte, 1973/III, S. 143f.; ferner DRONKE, Berlin, S. 214f.; SASS, Berlin, S. 157.

Handwerksmeistern waren 1829 bereits 72,8% von der Gewerbesteuer befreit; bis 1841 erhöhte sich dieser Prozentsatz auf 75,5%. 1848 lag der Anteil der von der Gewerbesteuer Befreiten bei 77,3%, um dann mit 83,1% im Jahre 1849 einen noch größeren Sprung zu machen (1850: 81,8%).<sup>27</sup> Differenziert man nach Gewerben, waren die Handwerksmeister keineswegs gleichmäßig von dieser Steuer befreit. Am wohlhabendsten waren Meister aus dem Nahrungs- und Baugewerbe: Die Bäcker- und Fleischermeister waren im Jahre 1841 zu 100% gewerbesteuerpflichtig, die Zimmerer- und Maurermeister zu 87,3% bzw. 70,0%. Am unteren Ende dieser Rangskala lagen die Schneider (14,5%), Schuhmacher (14,5%), Zeug- und Raschmacher (13,0%), Baumwoll-Leineweber (10,7%) und Stuhlmacher (9,0%).<sup>28</sup>

Die Scheidung in wohlhabende und verarmte Handwerksmeister verlief tendenziell entlang der Linie zünftig/nicht-zünftig (Tabelle 6). In den Strudel des sozialen Abstiegs wurden in den vierziger Jahren aber auch viele vormals wohlhabende Handwerker gezogen. Besonders in den Massenhandwerken des Textil- und Bekleidungsgebietes, wo die Zahl der De-facto-Heimarbeiter hoch, die Zahl der in den Innungen organisierten, zünftigen Meister dagegen niedrig war, sank auch das Einkommen derjenigen selbständigen Handwerker, die immerhin (noch) so viel verdienten, daß sie steuerpflichtig waren. Es bildete sich selbst auf der Seite der gewerbesteuerpflichtigen, also der vergleichsweise gutgestellten Meister eine Pyramide von reichen und armen Gewerbeäzweigen heraus (Tabelle 7). Kurz und gut: Die Grenzen zwischen den verschiedenen Sozialgruppen des Handwerks waren überaus fließend. Namentlich die Scheidelinie zwischen proletaroiden Meistern und Gesellen sowie Arbeitern ließ sich viel schwerer markieren als die zwischen formell selbständigen Kümmerexistenzen im Handwerk und wohlhabenden, vermögenden Meistern, und gar solchen die sich das ökonomische Adelsprädikat „Hoflieferant“ ans Revers heften konnten.<sup>29</sup>

---

27 Nach: BERGMANN, Berliner Handwerk, S. 203; DERS., Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart 1986, S. 90 bzw. BAAR, Berliner Industrie, S. 178.

28 BERGMANN, Berliner Handwerk, S. 207ff.

29 Was hier auf Basis sozialökonomischer Daten skizziert wird, hatte (das kann nicht weiter ausgeführt werden) auch sozialkulturell erhebliche Folgen: Seit den dreißiger Jahren bildeten sich innerhalb der Meisterschaft zwei deutlich voneinander getrennte „Lebenskreise“ (Kocka) aus. Erkennbar war dies u.a. daran, daß viele der wohlhabenden Meister ihre Söhne auf Gymnasien bzw. Realschulen schickten, wäh-

Aber auch unter den abhängig Beschäftigten bestand ein breites Einkommensspektrum (Tabelle 8). Den Kern der lohnabhängigen Unterschichten bildeten die qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräfte. Obgleich ihr Anteil an der Gesamtheit der Erwerbstätigen allmählich sank, blieb die Zahl der Gesellen noch um die Jahrhundertmitte mehr als doppelt so hoch wie die der Arbeiter.

Gesellen und qualifizierte Fabrikarbeiter waren freilich Lohnabhängigengruppen, die sich kategorial nicht fein säuberlich trennen ließen. Denn erstens würde man viele der von den zeitgenössischen Statistikern als Fabrik eingestuften Unternehmen heute eher als Handwerksbetrieb bezeichnen – und die dort beschäftigten Arbeiter als Gesellen. Manche Unternehmer, die sich selbst stolz als „Maschinenbau-Fabrikanten“ bezeichneten, beschäftigten nur zwei oder wenig mehr Arbeiter – und legten (wie die eigentlichen Meister) häufig noch selbst Hand an. Darüber hinaus, konstatierte der Berliner Magistrat in einem Bericht vom 3. März 1842 trocken, „beginnt der Geselle, der heute bei einem Meister in Arbeit steht, morgen bei einem Fabrikherren zu arbeiten, und umgekehrt. Wir haben diesen Arbeitswechsel nur bei dem Schmiedegewerk, wo nur 200 Meister vorhanden sind, verfolgt, und es hat sich dabei herausgestellt, daß pp. 150 Schmiedegesellen in einem Jahre von der einen Beschäftigung zur anderen übergangen; wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die meisten Fälle der Kontrolle entgehen, und daß sich bei dem Schlosser-Gewerke eine viel größere Zahl herausstellt, und täglich mehrere Arbeitswechsel stattfinden.“<sup>30</sup>

Hier interessiert nicht, daß die Erfahrung vieler Gesellen mit industriellen Arbeitsplatzstrukturen (Einsatz von Maschinen, ausgeprägte Arbeitsteilung, Masseneinsatz von Arbeitskräften, Fabrik-Disziplin, eindeutige Trennung von Haushalt und Heim) und der soziale Kontakt mit der kleinen Gruppe dauerhafter Industriearbeiter erklären, warum bereits während des Vormärz bei vielen Gesellen ein diffuses Klassenbewußtsein (Zusammengehörigkeitsgefühl mit Industriearbeitern) entstand, dessen Entwick-

---

rend die proletaroiden Handwerker ihren Nachwuchs in aller Regel in den Armen-schulen unterbrachten. Vgl. KOCKA, Arbeitsverhältnisse, S. 324; BERGMANN, Berliner Handwerk, S. 109f. Daß trotz ihres sozialökonomischen und sozialkulturellen Abstiegs viele proletaroiden Meister weiterhin verbissen an ihrem Status festhielten und gegenüber demokratischen oder gar frühsozialistischen Strömungen auf Distanz hielten, läßt sich nicht zuletzt an ihrem Verhalten während der Revolution ablesen; vgl. HACHTMANN, Berlin 1848, S. 389ff., 394ff., 848.

30 Zitiert nach: BERGMANN, Berliner Handwerk, S. 365.

lung darüber hinaus dadurch begünstigt wurde, daß seit Ende des 18. Jahrhunderts für eine wachsende Zahl an Gesellen der Aufstieg zum Meister in vielen Handwerkszweigen blockiert war. Wichtig ist in unserem Kontext, daß die Bedeutung der Naturallöhne (Kost und Unterbringung im Haushalt des Meisters) zurückging und die Mehrheit der Gesellen ausschließlich Geldlohn erhielt. Denn dadurch werden die Einkommen der verschiedenen lohnabhängigen Berufsgruppen miteinander vergleichbar (Tabelle 8).<sup>31</sup>

Wie bei den Meistern standen die abhängig Beschäftigten des Textilgewerbes am unteren Ende dieser Hierarchie, während die Spitze von Berufsgruppen aus dem Metall- und Baugewerbe eingenommen wurde. Noch unterhalb der Einkommen der männlichen Textilarbeiter lagen die nominellen Verdienste der weiblichen Arbeitskräfte. Auffällig ist schließlich, daß qualifizierte Fabrikarbeiter im Schnitt einen höheren Lohn erhielten als Handwerksgelesen, vermutlich um die noch vorhandenen Statusunterschiede zwischen Fabrikarbeit und ehrbarem Handwerk auszugleichen. Relativ starke Lohnzuwächse scheinen während des Vormärz – infolge der beginnenden Industrialisierung, die sich in Berlin in erster Linie auf das metallverarbeitende Gewerbe erstreckte – die im Maschinenbau, den Gießereien etc. beschäftigten qualifizierten Arbeitskräfte verzeichnet zu haben. Sie konnten sich offensichtlich den rasch steigenden und nur schwer zu befriedigenden Bedarf an Facharbeiterpersonal zunutze machen. Umgekehrt waren nicht nur die Meister, sondern auch die Gesellen von der Proletarisierung großer Teile des Berliner Handwerks betroffen. Besonders starke Einkommensverluste hatten zwischen 1827 und 1845 die Tischler- und Schneidergesellen, vermutlich auch Weber/Posamentierer sowie weitere Berufsgruppen des Textil- und Bekleidungsgebietes hinzunehmen. Dies war kein Zufall. Denn Textilunternehmen waren einmal traditionell das wichtigste Auffangbecken für die heimgewerblichen und ursprünglich agrarischen Unterschichten, die vor dem Hintergrund des ländlichen Pau-

---

<sup>31</sup> Zwecks Vergleichbarkeit wurden auch einige Berufsgruppen (z.B. Bäcker) in Tabelle 8 aufgenommen, für die diese traditionelle Form des Gesellenlohns noch einen hohen Stellenwert besaß. Die Schätzungen für den Posten „Kost und Unterkunft“ beim Meister können allerdings nur grob sein. Darüber hinaus sind die Angaben in Tabelle 8 aus einer Reihe weiterer Gründen nur bedingt aussagekräftig; die wichtigsten: 1. widersprechen sich die Angaben von Bergmann, Saß und Dronke zum Teil erheblich; 2. waren die Löhne innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sehr breit gestreut; 3. sind die Angaben nicht arbeitszeitbereinigt, d.h. unterschiedliche Wochenarbeitszeiten und Kurzarbeit (saisonale schlechte Zeiten) nicht berücksichtigt.

perismus in die preußische Hauptstadt drängten (und auf diese Weise nicht zuletzt die Löhne der einheimischen Gesellen, Heimarbeiter etc. drückten). Überdies hatten die in diesen Gewerbebereichen tätigen Arbeitskräfte unter der lohndrückenden Konkurrenz der Arbeits- und Zuchthäuser – die in zahlreichen Fällen bis weit in das 19. Jahrhundert ihre Häuslinge als billige Arbeitskräfte an Textilunternehmer regelrecht vermieteten<sup>32</sup> – zu leiden. Aus diesen und weiteren Gründen blieben die Löhne in diesem Gewerbe-sektor sehr niedrig.

Zahlen über Nominal-Verdienste lassen keinen Aufschluß über die materielle Situation der verschiedenen Berufsgruppen zu. Die Angaben über die zur Berechnung der Realeinkommen notwendigen Lebenshaltungskosten sind freilich noch ungenauer als die über die nominellen Einkommen. Wenn man eine Schätzung Kuczynskis über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten für den gesamten deutschen Raum zugrunde legt, erhöhten sich die Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Miete, Heizmaterial usw. von Mitte der dreißiger Jahre bis Anfang der vierziger Jahre um knapp zwanzig, bis 1846 um gut fünfzig und bis 1847 um rund 75 Prozent. Entsprechend sanken die Reallöhne – nach den Berechnungen Kuczynskis bis 1846 um etwas mehr als zwanzig, bis 1847 um gut dreißig Prozent.<sup>33</sup>

Was ein derartiger Schwund der Kaufkraft der ausgezahlten Löhne bedeutete, läßt sich erahnen, wenn man die Feststellungen von Zeitgenossen zugrunde legt. Für eine vierköpfige Familie war – nach einer frühen Sozialreportage, die der Schweizer Student Heinrich Grunholzer, später in der Eidgenossenschaft eine einflußreiche Persönlichkeit,<sup>34</sup> im Auftrage Bettina

---

32 Vgl. Rüdiger HACHTMANN, „... mißverständene politische Freiheit“. Das Berliner Arbeitshaus im Jahre 1848, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, 11/1992, S. 63-82; Kurt HINZE, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preussen, Berlin 1963 (EA 1927), S. 157-169; Ilja MIECK, Von der Reform-ation zur Revolution, in: Wolfgang RIBBE (Hg.), Geschichte Berlins, Bd. 1: Von der Frühgeschichte bis zur Industrialisierung, München 1987, S. 597.

33 Vgl. Jürgen KUCZYNSKI, Die Geschichte der Lage der arbeitenden Klasse, Bd. 1: 1789-1849, Berlin 1961, S. 251 bzw. 253.

34 Heinrich Grunholzer (1819-1873) seit Mitte der dreißiger Jahre im Kanton Zürich als Lehrer tätig, ging 1842/43 nach Berlin, um sich an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Philosophie, Philologie und Pädagogik weiterzubilden. Wieder in die Schweiz zurückgekehrt, wurde er 1847 zum Direktor des Lehrersminars Münchenbuchsee im Kanton Bern gewählt, 1852 wegen seiner freisinnigen Ansichten entlassen und 1853 erneut als Lehrer im Kanton Schweiz beschäftigt. 1854 in den „großen Rat“ gewählt, schloß er sich den Linksliberalen an. In seiner Funktion als Erziehungsrat seit

v. Arnims durchführte – 1842/43, also noch vor der Teuerung 1846/47, zum nackten Überleben ein Einkommen von mindestens zehn Silbergroschen pro Tag notwendig.<sup>35</sup> Bezieht man diesen Geldbetrag auf die von Saß und Dronke für 1845 ermittelten Löhne, konnten Schneider- oder Posamentiergesellen Mitte der vierziger Jahre gerade eben eine vierköpfige Familie ernähren, Weber und Handschuhmacher lagen dagegen mit 7½-10 bzw. 6-8 Silbergroschen ebenso deutlich darunter wie die Berufsgruppen der Korbmacher mit 7½ oder der Friseure mit 6 Silbergroschen pro Tag.<sup>36</sup>

Weit geringer war das Einkommen weiblicher Arbeitskräfte: Zigarrenmacherinnen erhielten um 1845 lediglich 3 Silbergroschen. Noch weniger verdienten der Strickerinnen und Spulerinnen mit 2½ bzw. 1¼ bis 1½ Silbergroschen; selbst Fabrikmädchen erhielten mit 3 bis 6 Silbergroschen am Tag eben gerade die Hälfte dessen, was man als unterstes Existenzminimum bezeichnen muß.<sup>37</sup> Selbst der Begriff „besseres Almosen“ ist für solche Hungerlöhne noch ein Euphemismus. Zwar sahen viele schreibende (männliche) Zeitgenossen in den niedrigen Frauenlöhnen den „sicheren Schlüssel für die Entartungen und Verirrungen des weiblichen Geschlechts“.<sup>38</sup> Aber Verdikte ließen sich leicht formulieren. Der von bürgerlichen Zeitgenossen beklagte Verfall von Sitte und Moral in den Arbeiterfamilien resultierte wesentlich aus niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten, die keinen Raum ließen, einen Haushalt „ordentlich“ zu führen, von einer nach bürgerlichen Kriterien angemessenen Kinderbetreuung ganz zu schweigen. Zudem wurden die „sittlichen“ Folgen des Elends wiederum

---

1856 prägte er wesentlich das damalige sehr moderne Unterrichtsgesetz, das in seinem Kern bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gültig blieb. 1862 wurde er schließlich auch in den Schweizer Nationalrat gewählt.

35 Ein Berliner Weber mußte für seine vierköpfige Familie Anfang 1843 allein für Nahrung pro Tag 6 Sgr., 11 Pf. aufwenden. (Nach Feststellungen GRUNHOLZERS, in: v. ARNIM, Königsbuch, S. 241f.; vgl. auch GEIST/KÜRVERS, Berliner Mietshaus, I, S. 289f.) Mindestens drei oder vier Sgr. Täglich wird man für Miete und Kosten für Heizmaterial hinzurechnen müssen. Bei dem hier zugrunde gelegten Satz von mindestens 10 Sgr. werden Kosten für Kleidung, Genußmittel usw. sowie die Preissteigerungen in den Jahren 1843 bis 1846 vernachlässigt. Unberücksichtigt bleibt außerdem, daß Unterschichtsfamilien im allgemeinen mehr als zwei Kinder zählten.

36 Noch darunter lagen die Barbieri mit drei Sgr.; unter fünf Sgr. verdienten außerdem die Metzger, Wagner, Riemer und Hufschmiede, für die allerdings – ebenso wie für die Barbieri – Kost und Wohnung gratis war.

37 Angaben nach: SASS, Berlin, S. 162-166 bzw. DRONKE, Berlin, S. 210-213.

38 SASS, Berlin, S. 163.

häufig den Betroffenen selbst zum Vorwurf gemacht. Viele schriftstellernde Männer wollten nicht wahrhaben, daß der Schritt in die Prostitution nicht selbstverschuldet, sondern sich für viele, zu Billigtarifen arbeitende Frauen geradezu aufdrängte – sofern sie ausschließlich auf die extrem niedrigen Löhne angewiesen waren und ihr Lebensunterhalt nicht zusätzlich durch einen männlichen Haupternährer abgesichert war.

Über die eigentliche Armenbevölkerung hinaus wurden auch vormals wohlhabende Handwerksmeister, Einzelhändler, selbständige Fuhrleute usw. in den Strudel von Armut und Elend gerissen. Sie mußten sich häufig langfristig verschulden. Dies ist am starken Anstieg der von den Berliner Pfandleihämtern angenommenen Pfänder Ende der vierziger Jahre abzulesen. Der Umsatz der Pfandleihen ist deshalb ein wichtiger Indikator für die materielle Lage namentlich der Mittelschichten, weil nur sie (oder Angehörige des Bürgertums), nicht dagegen – im Regelfall – Angehörige der Unterschichten Wertgegenstände besaßen, die als Pfänder akzeptiert wurden. Die Stückzahl der vom Berliner Pfandleihamt angenommenen Pfänder explodierte förmlich von 89.080 im Jahr 1840 und 155.590 1845 über 207.201 im folgenden Jahr auf schließlich 261.147 und 271.414 in den Krisenjahren 1847 und 1848; sie hatte sich mithin innerhalb von acht Jahren verdreifacht. 1849 und 1850 blieb die Zahl der Pfandgeschäfte weiterhin hoch (253.434 bzw. 263.082);<sup>39</sup> der Sieg der Gegenrevolution verbesserte also die Lage des Mittelstandes zunächst nicht entscheidend.

Wie sehr die Armut überhaupt in „besseren“ Kreisen um sich griff, wie schwer es möglich war, hier noch einen standesgemäßen Lebensstil aufrechtzuerhalten, und daß von dieser Entwicklung die in zeitgenössischen Schriften und auch von Historikern gern vernachlässigte weibliche Hälfte der Bevölkerung besonders betroffen war, geht außerdem aus zahllosen Bemerkungen über eine wachsende Ehelosigkeit hervor.

„Wohin man sich wendet, kann man die Klage vernehmen, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der unverheirateten Frauenzimmer zunimmt. Man braucht sich nur in unseren Gesellschaften umzusehen, um sich zu überzeugen, wieviel Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit sich hinter den bleichen Gesichtern jener alternden Mädchen verbergen, die mit all ihrem guten Willen, sich zu helfen, und mit dem erzwungenen Lächeln der Traurigkeit ihres armen Daseins nicht abändern und nicht verbergen können. Kaum in eine Fa-

---

39 Angaben nach: BERGMANN, Wirtschaftskrise, S. 44.

milie kann man eintreten, die nicht in ihrer Verwandtschaft alternde oder unverheiratete Schwestern oder Töchter hätte, welche gelangweilt und müde, ohne eigene Freude und Hoffnung ein leeres nutzloses Dasein führen . . . Sich selbst zur Last, in vielen Fällen auch den Ihren eine schwere Last, hört man die Frage: wohin mit ihnen? was soll man mit ihnen machen? Und da man sich die rechte Antwort aus Vorurteilen nicht geben mag, bescheidet man sich, die alten Mädchen in der Gesellschaft und den Familien als ein unvermeidliches Übel zu ertragen.“<sup>40</sup>

Wie zahlreich solche Frauenschicksale waren, wie sie Fanny Lewald hier für die vierziger und fünfziger Jahre beschreibt, läßt sich mit einigen Zahlen umreißen: 1810 waren von der weiblichen Bevölkerung im Alter über 14 Jahre 47,1% verheiratet. 1827 befanden sich immerhin noch 42,1% aller Berliner Frauen (14 Jahre und älter) im Stand der Ehe. Angesichts der wachsenden Verarmung sank dieser Prozentsatz bis zur Jahrhundertmitte auf 36,9% (1849), um danach nur allmählich wieder zu steigen, von 39,8% im Jahre 1852 auf schließlich 42,2% 1861 (1855: 39,3%; 1858: 40,5%).<sup>41</sup> Als Trend dürfte dies auch andernorts zu beobachten gewesen sein. In der Preußenmetropole freilich war die Situation stärker zugespitzt. In Berlin hatte sich die Armut im Mittelstand dauerhaft festgesetzt, fehlten die Voraussetzungen, eine „gentile“ Ehe abzuschließen, häufiger als anderswo. „In keiner Stadt“, erklärte Friedrich Saß Mitte der vierziger Jahre, träfe man „verhältnißmäßig auf so viele alte Jungfern, auf so viele Sitzengebliebene, welche sich dann mit Katzen und Pietismus beschäftigen, als in Berlin.“<sup>42</sup>

40 Fanny LEWALD, *Meine Lebensgeschichte*, 2. Abt.: *Leidensjahre*, 1. Teil, Berlin 1863, S. 255f., nach: Renate MÖHRMANN (Hg.), *Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente*, Stuttgart 1978, S. 175f.

41 BOECKH, *Bevölkerungsaufnahme*, I, S. 26f. Demographische Veränderungen, vor allem ein geringfügiges Wachstum des Anteils jüngerer Frauen an der Gesamtheit der weiblichen Einwohnerschaft, spielten gegenüber den skizzierten Faktoren nur eine untergeordnete Rolle. Die Bildung der Alterskohorte „14 Jahre und älter“ ist der amtlichen Berliner Statistik geschuldet: Der Anteil der verheirateten Frauen an der über 16 Jahre alten weiblichen Bevölkerung Berlin wurde erst seit 1843 erhoben.

42 SASS, Berlin, S. 190. Der Demokrat Saß führte die Ehelosigkeit in typisch männlichem Ressentiment allerdings auf die „unangemessene Eitelkeit“ vieler Frauen zurück: „Der Glanz der privilegierten Sphären besticht in Berlin das Weib zu sehr, als daß es der schwieligen Hand eines tüchtigen Arbeiters entgegenkommen möchte“. Saß befand sich in dieser Hinsicht in merkwürdiger Übereinstimmung mit dem erkonservativen Pfarrer Büchsel, der gleichfalls das angeblich übermäßige Anspruchsdenken der Frauen für deren Ehelosigkeit verantwortlich machte; vgl. Karl BÜCHSEL, *Erinne-*

Alleinstehende Frauen der „besseren“ Stände beschäftigten sich freilich keineswegs nur (wie das männliche Vorurteil dies wollte) „mit Katzen und Pietismus“. Armut innerhalb des Mittelstandes besaß ein ausgeprägt weibliches Gesicht und zwang viele Frauen, sich mit Heimarbeiten ihr Brot zu verdienen. Solche Heimarbeiten waren zwar nach einem geschlechtsspezifischen Rollenmuster kulturell quasi festgelegt, wurden jedoch auch dann nur begrenzt akzeptiert.

Frauen aus besseren Kreisen schlug (so berichtete Fanny Lewald) das „Vorurteil entgegen, daß Broterwerb eine Schande für eine Frau oder ein Mädchen aus guter Gesellschaft sei, und nötigt sie, es zu verheimlichen, daß sie für Magazine sticken und nähen. Jahrelang habe ich in der Berliner Gesellschaft die Witwe und drei Töchter eines Generals gesehen, welche von der Witwenpension der Generalin . . . unmöglich leben konnten. Man wußte, daß sie sich zu Hause Entbehrungen aller Art aufzuerlegen hatten, und dazu saßen die unglücklichen alternden Mädchen in den Gesellschaften da, emsig an Tapisseriearbeiten nähend und immer ihr Entzücken an diesen Nähereien aussprechend . . . Die Generalin fand es gentil, ihre Töchter mit dieser Liebhaberei für Wolle und Kanevas tönlich erscheinen zu lassen. Einzugesehen, daß die braven Mädchen noch bis spät am Abende, noch in der Gesellschaft für ihr Brot arbeiteten, wäre nicht gentil gewesen.“<sup>43</sup>

Lieber verrückt erscheinen, als nicht standesgemäß zu wirken. Das war vermutlich kein Einzelfall (nur daß andernorts keine Beobachterin wie Fanny Lewald zur Stelle war, die ein aufmerksames Auge auch für Alltägliches besaß).

Welche Dimensionen verschämte Armut und weibliche Heimarbeit erreicht hatten, brachten unfreiwillig die Berliner Damenschneidermeister in ihren gleichlautenden, auf den 2. September 1848 datierten Petitionen an die Preußische Nationalversammlung und die Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck. Selbst „königliche Beamtenfrauen“, empörten sich die ehrbaren Meister, betrieben die Damenschneiderei fast „fabrikmäßig“ und brächten sie, die ordentlichen Handwerker, an „den Bettelstab als Endziel unserer verzweifelten Lage“. Die Friseurmeister wollten mit der Klage, auch in ihr Gewerbe hätten sich „sogar Beamtenfrauen eingeschli-

---

rungen aus dem Leben eines Landgeistlichen, Bd. IV: Erinnerungen aus meinem Berliner Amtsleben, Berlin 1886, S. 41f.

<sup>43</sup> LEWALD, Lebensgeschichte, 2. Abt./1. Teil, nach: MÖHRMANN, Frauenemanzipation, S. 178.

chen“, die „sich nicht nur mit dem speziellen Friesiren selbst, (sondern) auch mit der Anfertigung dazu erforderlicher Fabrikate als z.B. Locken, Flechten etc. etc. beschäftigen“, gleichfalls (und vergeblich) den Staat zum Einschreiten gegen die angeblich übermäßige weibliche Heimarbeit veranlassen.<sup>44</sup>

Zwar litten verarmte Frauen aus den besseren Kreisen nicht unter Hunger; ebensowenig fehlte ihnen ein Dach über dem Kopf. Aber wie sehr die verschämte Armut bürgerlicher und kleinbürgerlicher Frauen in höchsten Kreisen als dringliches sozialpolitisches Problem angesehen wurde, zeigen – über Klagen in Petitionen und Beobachtungen von aufmerksamen Zeitzeugen hinaus – die Mittel und Wege, die in den vierziger Jahren eingeschlagen wurden, die Situation dieser Frauen einigermaßen erträglich zu gestalten. Eine besondere Bedeutung besaß die wohltätige Stiftung, die Christian Rother, ein Vertrauter Friedrich Wilhelms IV. und bis März 1848 Präsident der Preußischen Seehandlung, ins Leben rief: Eine der Aufgaben der von ihm begründeten Einrichtung bestand darin, die materielle Versorgung verarmter, unverheirateter Töchter teilweise hochgestellter staatlicher Bediensteter sicherzustellen und ihnen einen standesgemäßen Lebensabend zu sichern.<sup>45</sup>

Welch erschreckenden Umfang auch im Vergleich zu anderen Städten die Armut breiter Berliner Bevölkerungsschichten angenommen hatte, fiel jedem auf, der Berlin für kürzere oder längere Zeit besuchte. Jacob Burckhardt staunte, „was hier für eine Armut herrsch(t); es ist ganz unglaublich, wie elend sich hier viele Leute durchhelfen müssen“, obwohl der Pauperis-

---

44 Petition der Berliner Friseurmeister an das preuß. Staatsministerium vom 25. April 1848, in: bzw. Geheimes Staatsarchiv, Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Rep. 120, B.I.1., Nr. 60, Bd. 2, Bl. 378. Gleichlautende Petitionen der Berliner Damenschneidermeister an die Preußische Nationalversammlung bzw. die Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 2. Sept. 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. V, Bl. 120-122. Vgl. hierzu (außerdem zu den Räumen, die Frauen 1848 für öffentlich-politisches Engagement gelassen wurden, und zu den Konstruktionen von Männlichkeits-Konzepten seitens des angeblich starken Geschlechts): Rüdiger HACHTMANN, „... nicht die Volksherrschaft auch noch durch Weiberherrschaft trüben“ – der männliche Blick auf die Frauen in der Revolution von 1848, in: Werkstatt Geschichte Heft 20, 1998, S. 5-30, hier bes. S. 8ff.

45 Ausführlich: Wolfgang RADTKE, Armut in Berlin. Die sozialpolitischen Ansätze Christian von Rother's und der Königlichen Seehandlung im vormärzlichen Preußen, Berlin 1993, S. 239ff.

mus in Berlin während seines Aufenthalts Ende der dreißiger Jahre im Vergleich zum folgenden Jahrzehnt noch überschaubare Dimensionen besaß. Ihm schlugen nicht nur das „abscheuliche Wetter“, sondern ganz allgemein die Zustände in dieser „langweiligen, großen Stadt in einer unabsehbaren, sandigen Eben“ auf das Gemüt und auf den (empfindlichen) Magen: „Das Essen ist sehr schlecht . . .; zum Glück hat man hier nicht halb so viel Appetit, und es gibt Tage, wo man wirklich nichts den Hals hinunterbringt.“<sup>46</sup>

Nicht nur das Essen war schlecht. Weit unerträglicher noch seien, so Burckhardt und ähnlich viele andere Zeitgenossen, die Wohnverhältnisse: „Es seien Zimmer, wo zwei, ja selbst vier Parteien wohnen, dann spannt man Seile übers Kreuz, damit jeder weiß, in welchen Winkel er gehört.“ Eng sei es nicht nur in den eigentlichen Armenvierteln, sondern auch in den besseren Gegenden. Dabei war Berlin an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt, also zu dem Zeitpunkt, als Burckhardt seine Klagen zu Papier brachte, noch vergleichsweise geräumig. Wohnungsmangel und Wohnungsenge nahmen in den folgenden Jahren noch erheblich zu (Tabelle 9). Besonders dramatisch entwickelte sich die Situation für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Selbst eine wachsende Zahl an (wie sie auch in der Statistik genannt wurden) Hinterhäusern<sup>47</sup> konnte den steigenden Bedarf nicht befriedigen – und signalisierte überdies eine qualitative Verschlechterung, von noch relativ hellen Wohnungen hin zu dunklen, feuchten Löchern.

Arbeiter-Wohnungen, schrieb ein sozialreformisch engagierter Unternehmer, seien „häufig so ungesund, daß dadurch unausbleiblich Krankheiten herbeigeführt werden, welche den Ruin ganzer Familien zur Folge haben.“ Das Argument, „daß es im freien Willen der Miether liege, wenn sie solche Löcher miethen“, zöge nicht. Denn „die Noth zwingt sie (die armen Leute) dazu, und der Mangel an wirklich gesunden, kleinen Wohnungen.“<sup>48</sup>

Wenngleich „ganze Familien in Behältnissen liegen, die für menschliche Wohnungen gar nicht erachtet werden können“, und obwohl die Mieten in

---

46 Dieses und das folgende Zitat nach: HOLMSTEN (Hg.), Berlin, S. 124ff.

47 1828 kamen auf 7051 Vorderhäuser 4888 Hinterhäuser, 1861 auf 11285 bzw. (nach der Kommunal-Statistik) 11109 Vorderhäuser 5672 Hinterhäuser und 1871 schließlich auf 13951 Vorderhäuser 9886 Hinterhäuser. Nach: БОЕЦКН, Bevölkerungsaufnahme, I, S. 29. (Beide Begriffe – „Vorderhäuser“ und „Hinterhäuser“ – werden freilich vermutlich nicht einheitlich verwendet worden sein.)

48 Schreiben des Berliner Kattundruckereibesitzers L. Goldschmidt vom 10. April 1848, in: LAB StA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. II, Bl. 139 Rs. u. 140. Daraus auch das folgende Zitat.

den vierziger Jahren nur mäßig stiegen,<sup>49</sup> war ein wachsender Anteil der Einwohnerschaft Berlins so arm, daß er die Mietsteuern nicht mehr entrichten konnte (Tabelle 10). Die soziale Spaltung der Berliner Einwohnerschaft in ein Oben und Unten fand ihr Abbild in extrem unterschiedlichen Wohnsituationen. Am unteren Ende dieser Skala gab es freilich noch beträchtliche Abstufungen, die von der amtlichen Statistik nicht erfaßt wurden. Ungesunde, beengte Arbeiterwohnungen waren keinesfalls das schlimmste. Die „größte Zahl der Proletarier“ besaß in den vierziger Jahren „überhaupt keine eigentliche Wohnung, sondern (hatte) entweder nur sogenannte Schlafstellen oder (war) ganz obdachlos.“<sup>50</sup> „Schlafstellen“ waren keine regulären Wohnungen oder abgetrennte Räumlichkeiten, die die Wahrung einer persönlichen Intimsphäre wenigstens notdürftig garantierten, sondern „enge Löcher“, die man häufig mit anderen teilen mußte, „hoch unter dem Dache (oder) unter Treppenvorsprüngen“, in denen dann die „große Menschenklasse“ der „Arbeiter und Handwerksleute“ nach getaner Arbeit „ihren müden Leib ausruhen“ durfte.<sup>51</sup>

Doch selbst derjenige, der eine Schlafstelle sein eigen nennen konnte, durfte sich noch glücklich schätzen – wenn er sich mit den Obdachlosen verglich. Eine Obdachlosenstatistik kannte man damals zwar genausowenig

49 Dies läßt sich den Veränderungen in der Entwicklung der Wohnungen der untersten Mietpreiskategorie entnehmen: Der Anteil der Wohnungen, für die bis 30 Taler jährlich gezahlt werden mußte, an der Gesamtzahl sämtlicher Wohnungen in der preußischen Hauptstadt sank von 58,2% 1815 über 24,6% im Jahre 1828 auf 18,7% ein Jahr nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. (1841). Danach stagnierten der Anteil dieser Billigwohnungen (1850 immer noch 18,7%) und vermutlich auch die Durchschnittsmieten. Umgekehrt wuchs der Anteil besonders teurer Wohnungen (mehr als 200 Taler) – von 3,4% (1815) über 8,5% (1828) auf 10,1% im Jahre 1841, um danach bis 1850 wieder geringfügig zurückzugehen, auf 9,7%. Angaben nach: Günter LIEBCHEN, Zu den Lebensbedingungen der unteren Schichten im Vormärz, in: BÜSCH (Hg.), Untersuchungen, S. 287.

50 So der konservative Sozialreformer GAEBLER in seiner Broschüre „Idee und Bedeutung der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft“, Berlin 1848, zit. nach: GEIST/KÜRVERS, Berliner Mietshaus, I, S. 445. Zur im Herbst 1847 gegründeten Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft, die dem Central- und Lokal-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen nahestand und Wohnungsprojekte zur „Verbesserung der arbeitenden Klassen“ in christlich-konservativer Absicht ins Auge faßte, vgl. ebd., S. 414f., 424f., 437f., 451-462.

51 „Bei manchen solcher Schlafstellen ist es ausbedungen, daß die Mieter den ganzen Tag über, auch sonntags, nicht zurückkehren“. Zitate: DRONKE, Berlin, S. 38 bzw. SASS, Berlin, S. 17.

wie heute. Aber es gab einen aussagekräftigen Indikator: die Zahl der Familien, die wegen Obdachlosigkeit im Arbeitshaus Unterschlupf suchten. Obwohl die Lebensverhältnisse und Räumlichkeiten im „Ochsenkopf“, dem Berliner Arbeitshaus, äußerst abschreckend wirkten, wuchs die Zahl der Familien, die kein Dach über dem Kopf mehr besaßen und vorübergehend in der unbeliebten Korrekptionsanstalt unterkamen, kontinuierlich. Tabelle 11 zeigt, daß die Zahl der Obdachlosen vor allem im Krisenjahr 1847, als die Preise für Grundnahrungsmittel aufgrund der schlechten Ernte 1846 rasant stiegen und infolge der steigenden Ausgaben für Nahrungsmittel die Miete häufig nicht mehr gezahlt werden konnte, in die Höhe schnellte und daß der wirtschaftliche Aufschwung seit 1850 in der preußischen Hauptstadt keineswegs zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führte.

Auf der einen Seite wurden immer mehr Wohnungen wegen Armut nicht besteuert. Viele waren dennoch nicht bezahlbar; für die Betroffenen hatte das den Absturz in die Obdachlosigkeit zur Folge. Auf der anderen Seite blieb den gesamten hier interessierenden Zeitraum ein gewisser Prozentsatz der Wohnquartiere unbewohnt. Insgesamt bewegte sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen (Tabelle 10) seit Mitte der zwanziger Jahre freilich auf einem niedrigen Niveau, zwischen zwei und vier Prozent. Dieser Prozentsatz darf indessen nicht als Beweis dafür gedeutet werden, daß genug Wohnquartiere vorhanden gewesen seien. Denn die leerstehenden, zumeist großen Wohnungen waren in aller Regel so teuer, daß sie sich nicht vermieten ließen, und selbst für den Mittelstand und viele Bürger kaum erschwinglich.<sup>52</sup> Die statistische Spitze 1849, ein Wohnungsleerstand von fünf Prozent, war im übrigen teilweise politisch bedingt: Zahlreiche wohlhabende Bürger oder Aristokraten waren nach der Berliner Märzrevolution geflohen – und zahlten häufig auch keine Miete mehr für die Wohnungen, die sie zuvor benutzt hatten.<sup>53</sup> Sie kehrten erst 1850 oder später zurück, nach-

---

52 Ein Beleg ist u.a. der Verlauf einer Debatte der Stadtverordnetenversammlung am 19. Febr. 1849: Einem Antrag, den (privat initiierten) Bau billiger Wohnungen zu fördern, wurde zunächst entgegengehalten, „daß der Zeitpunkt zur Ausführung nicht geeignet erscheine, da jetzt sehr viele Wohnungen leer stehen“. Dieser Einwand „wurde dadurch widerlegt, daß es sich herausgestellt, daß kleinere Wohnungen fast gar nicht, sondern nur größere leerstehen, daß ein Mangel an kleinen Wohnungen vorhanden und daß die Nachteile der schlechten Keller- und Dachwohnungen stehen bleiben.“ (Nach: Christoph BERNHARDT, *Bauplatz Groß-Berlin. Wohnungsmärkte, Terraingewerbe und Kommunalpolitik im Städtewachstum der Hochindustrialisierung [1871-1918]*, Berlin 1998, S. 250.)

dem sich gezeigt hatte, daß die Obrigkeit der Revolution endgültig den Garaus gemacht hatte, und eine Wiederkehr der „demokratischen Anarchie“ auf absehbare Zeit nicht mehr zu befürchten war.

Das „tolle Jahr“ 1848 beeinflusste selbstredend nicht nur die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt. Die Revolution markierte in anderer Hinsicht noch einen weit größeren Einschnitt: Sie veränderte die Perspektive auf das Elend und die sozialökonomischen Gegensätze – und politisierte sie.

Die sozialen Differenzen und Gegensätze hatten zwar bereits seit den zwanziger Jahren an Schärfe gewonnen. Auch konnte sie jeder, der wollte, sehen: Die erwähnte Sozialreportage des Schweizer Heinrich Grunholzer aus dem Jahre 1842/43 über das berühmt-berüchtigte Voigtland in der Rosenthaler Vorstadt, schon damals als das Berliner Elendsviertel weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, oder sozialkritische Schriften wie die von Ernst Dronke und Friedrich Saß geben hiervon eindrucksvoll Zeugnis. Aber die politischen Verhältnisse gestatteten es, daß der Ruhe, Ordnung und Sauberkeit liebende bürgerliche Zeitgenosse vor dem Elend bis in die zweite Hälfte der vierziger Jahre die Augen verschließen konnte. Die preußische Obrigkeit überzog das Land und besonders die Hauptstadt mit einem dichten Netz von Verboten und alltäglicher Gängelung – auch um zu verhindern, daß soziale Not in politische Eruptionen umschlug, die man beim besten Willen nicht mehr hätte ignorieren können.

Dies änderte sich schlagartig mit der Märzrevolution von 1848. Nachdem der Deckel der obrigkeitlichen Repression gelupft worden war, die Unterschichten die Straßen sowie öffentlichen Plätze okkupierten und dort „politische Ecken“ – Foren, auf denen soziale wie politische Forderungen „von unten“ lautstark artikuliert wurden – installierten, ließen sich die Augen nicht mehr vor dem Elend breiter Bevölkerungsgruppen verschließen, wurden auch die politischen Dimensionen der auseinanderklaffenden so-

---

53 Deutlich wird dies, wenn man sich den Wohnungsleerstand für 1848 und 1849 nach Quartalen anschaut: im ersten, noch relativ ruhigen Quartal lag der Wohnungsleerstand in Berlin bei 3,0%. Daß die Furcht vor Revolution und Demokratie unter gutbetuchten Berlinern tief saß und sie der im Sommer 1848 einkehrenden Ruhe sowie dem mit dem Belagerungszustand erzwungenen politischen Stillstand nicht trauten, ist mittelbar an der weiteren Entwicklung des Wohnungsleerstands abzulesen: Im 2. Quartal 1848 lag er bei 4,0%, im 3. Quartal (nach dem Zeughaussturm) stieg er auf 5,1%, im 4. Quartal noch einmal auf 6,1%, um danach nur allmählich abzusinken (1. Quartal: 5,3%). Vgl. HACHTMANN, Berlin 1848, S. 352f., Anm. 22.

zialen Gegensätze der vorausgegangenen Jahre und Jahrzehnte sichtbar. Die Revolution polarisierte: Aus Enttäuschung über die Politik der Regierungsliberalen, die sich das Prinzip der Gewerbefreiheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten und sich nicht ernsthaft um eine Lösung der sozialen Frage bemühten, und aus Enttäuschung über die halbherzig-paternalistische Politik der tonangebenden konservativen und liberalen städtischen Honoratioren wandte sich eine Mehrheit der proletarischen Schichten im Revolutionsjahr radikaldemokratischen und teilweise auch frühsozialistischen Strömungen und Positionen zu.<sup>54</sup> (Man kann nicht nur die Berliner, sondern tendenziell die großstädtische Revolution von 1848 allgemein auch als Zeit vergebener Chancen lesen, die politisch zunächst noch orientierungslosen sozialen Unterschichten über substantielle soziale Reformen dauerhaft an den Staat zu binden – wie dies der preußischen Krone gegenüber großen Teilen der Agrarbevölkerung 1848/49 durchaus erfolgreich gelang.)

Umgekehrt brach die latente Angst des Bürgertums vor einer sozialen oder gar sozialistischen Revolution schon bald nach der Märzrevolution sichtbar auf – seit dem Sommer 1848 zusätzlich genährt durch die als „Klassenkrieg“ interpretierte Junirevolution in Paris, aber auch durch manche Ereignisse in der preußischen Hauptstadt selbst. Es entstand ein *circulus vitiosus*: Die soziale Polarisierung setzte die politische in Gang. Das Verhalten der Gegenseite, jede noch so kleine Bewegung wurde nach dem einmal gefaßten Raster, mit von vornherein verzerrter Optik betrachtet. Überreaktionen waren die Folge, die wiederum die Gegenseite in ihren Ressentiments und Vorurteilen bestätigten – und eine Art politischen Teufelskreis beschleunigte, der das von manchen Zeitgenossen und nicht wenigen nachgeborenen Historikern beschworene Bündnis von Bürgern und Arbeitern im Grunde von Anbeginn ausschloß.

Den bekannten „Rehbergern“ des Jahres 1848 kam hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die Rehberger, als Teilgruppe der Erdarbeiter, waren das Resultat von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die – freilich eher halbherzig – be-

---

54 Resümierend: ebd., S. 841-847. Daß 1848/49 nicht nur die weltliche, sondern auch die kirchliche Obrigkeit, nämlich die protestantische Amtskirche und ihre Funktionsträger, trotz „Innerer Mission“ (die wiederum nicht zufällig im Nov. 1848 bzw. Jan. 1849 gegründet wurde) eine Chance vergab, die sozialen Unterschichten dauerhaft ins bestehende System zu integrieren, habe ich an anderer Stelle skizziert; vgl. Rüdiger HACHTMANN, „... ein gerechtes Gericht Gottes“. Der Protestantismus und die Revolution von 1848 – das Berliner Beispiel, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 36/1996, S. 205-255, bes. S. 250ff.

reits im Frühjahr 1847 begonnen wurden. Die Zahl der auf öffentliche Kosten beschäftigten Arbeitskräfte wurde in Berlin dann angesichts der Pariser Februarrevolution und der Märzereignisse erheblich ausgeweitet, auf schließlich etwa achttausend Personen.<sup>55</sup> Manche liberale Stadtverordnete forcierten aus echtem sozialen Mitleid die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; für die liberalkonservative Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung galten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Frühjahr 1848 jedoch als die wirkungsvollste Form der Revolutionsprophylaxe. Zu einer dauerhaften Institution wollte man die Erdarbeiter außerdem auch deshalb nicht machen, weil sie schon bald zum Schrecken aller gutgesinnten Bürger wurden, zur Personifikation der Revolution schlechthin.

Obleich nur begrenzt politisiert und in ihrer übergroßen Mehrheit gewiß keine Anhänger frühsozialistischer Ideale oder gar des „Communismus“, waren die Erdarbeiter in den Augen ehrbarer Bürger allein deshalb eine Provokation, weil sie dem Müßiggang frönten (eine Arbeitshaltung, die angesichts der vielfach unsinnigen Tätigkeiten, zu denen sie verpflichtet waren, nicht verwundern darf). Abgerissenes Äußeres, mitunter freches, anmaßendes Auftreten und einige handgreifliche Auseinandersetzungen, die von ihnen ausgingen, waren in der Perspektive des konservativen und auch des gemäßigt-liberalen Bürgertums ein hinreichender Grund, in grellen Farben das Gespenst des Kommunismus an die Wand zu malen.

Wie tief die Angst vor der Revolution im Bürgertum und Kleinbürgertum saß, zeigten keine zwei Monate nach der Märzrevolution die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Anfang Mai 1848. Statt Links, wie man angesichts der Euphorie der Märztage vielleicht annehmen sollte, wählten die Bürger – bezeichnenderweise weiterhin nach dem traditionellen Wahlrecht, das alle Berliner ausschloß, die nicht das Bürgerrecht besaßen – Rechts. Für die enttäuschte Berliner National-Zeitung, Sprachrohr linksliberaler Strömungen, war der Ausgang der Wahlen ein „Beweis, wie sehr die Reaktion unter unserer Bürgerschaft um sich greift“.<sup>56</sup>

Nach dem Ende der Berliner Revolution im November 1848 griffen staatliche und städtische Obrigkeit auf bewährte Mittel zurück, revolutionäre Bewegungen zu unterbinden: Die Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wurde aufgehoben und seit 1849/50 sorgsam darauf geachtet, daß sich die demokratischen Vereine und die Organisationen der frühen

55 Ausführlich: HACHTMANN, Berlin 1848, S. 437-459.

56 NZ vom 22. Mai 1848.

Arbeiterbewegung nicht erneut konstituierten. Der Berliner Polizeipräsident und der preußische Innenminister, seit Ende 1850 dann Ministerpräsident, gaben der Epoche nach der Revolution keineswegs zufälligen Namen: Von den Zeitgenossen wie nachgeborenen Historikern wurden die Jahre von 1850 bis 1859 wahlweise „Ära der Reaktion“, „Ära Manteuffel“ oder „Ära Hinckeldey“ genannt. Statt auf soziale Maßnahmen setzte die Obrigkeit auf polizeiliche Prävention: Bereits im Juli 1848 war eine zahlenmäßig starke, moderne Polizeitruppe aufgebaut worden. Umgekehrt wurden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Herbst 1848 sowie im Frühjahr 1849 gedrosselt und im Jahr darauf dann gänzlich eingestellt – obwohl weder das Problem der Erwerbslosigkeit noch eine der zahlreichen anderen sozialen Fragen, etwa die höchst unzulänglichen Wohnungsverhältnisse, gelöst oder auch nur substantiell abgemildert waren. Symptomatisch ist, daß ein Antrag sozialliberaler Stadtverordneter Anfang Februar 1849, eine Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft, die sich die Schaffung gesunder Wohnungen für Arbeitnehmer auf ihre Fahnen geschrieben hatte, zu unterstützen, vom städtischen Parlament mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde.<sup>57</sup>

Selbst moderate liberale Positionen mochte die konservative Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nun nicht mehr dulden: Am 5. Februar 1850 verließ die zu diesem Zeitpunkt noch recht stattliche liberaldemokratische Minderheit von 28 Stadtverordneten den Sitzungssaal des Kommunalparlaments, um auf diese Weise gegen die von der konservativen Mehrheit beabsichtigte – und dann auch tatsächlich vollzogene – Ernennung des Innenministers Otto v. Manteuffel, die Personifikation der Reaktions-Zeit, zu protestieren. Wenig später wurde die demokratisch-liberale Fraktion um den Staatsrechtler Rudolf v. Gneist für ihr unbotmäßiges Verhalten mit dem dauerhaften Ausschluß aus dem städtischen Parlament bestraft. Es brach eine Zeit auch kommunalpolitisch konservativer Hegemonie an. Erneut legte die Obrigkeit für ein Jahrzehnt den Mantel politisch-polizeilicher Repression über die Stadt; dauerhaft verdecken konnte sie soziales Elend und gesellschaftliche Spannungen damit jedoch nicht.

---

57 Wie Anm. 52.

ANHANG

TABELLE I: Berliner Zivilbevölkerung und Militär 1720 bis 1871 (jeweils Jahresende)

	Zivilbevölkerung <sup>(a)</sup>	Militär <sup>(b)</sup>		Einwohnerschaft insgesamt	Bevölkerungs- wachstum
	Insgesamt	absolut	in % der Zivilbevölkerung		in % <sup>(c)</sup>
1720	53.355	11.645	17,9	65.000	+ 14,8 <sup>(d)</sup>
1730	58.122	4.265	24,5	72.387	+ 11,4
1740	68.891	12.209	17,7	81.100	+ 12,0
1750	89.523	23.766	26,5	113.289	+ 39,7
1760	95.245	6.355 <sup>(e)</sup>	6,1	101.600	- 7,6
1770	106.606	26.914	25,2	133.520	+ 31,4
1780	109.694	30.931	28,2	140.625	+ 5,3
1790	121.873	28.930	23,7	150.803	+ 7,2
1800	146.911	13.414	9,1	172.132	+ 14,1
1810	156.143	6.828	4,4	162.971	- 5,3
1820	185.829	12.974	7,0	201.900	+ 23,9
1830	236.512	11.455	4,8	247.967	+ 22,8
1840	315.380	13.312	4,2	328.692	+ 32,6
1850	400.869	18.851 <sup>(f)</sup>	4,7	419.720	+ 27,7
1860	506.940	21.960	4,3	528.900	+ 26,0
1871	806.397	19.944	2,5	826.341	+ 56,2

(a) Einschließlich der Angehörigen der aktiven Militärs (d.h. gesamte Einwohnerschaft ohne aktive Militärs).

(b) Nur aktive Militärs. Für 1720, 1740 und 1760 von Boeckh geschätzt.

(c) Bevölkerungszunahme innerhalb des vorausgegangenen Jahrzehnts (in %).

(d) Gegenüber 1709.

(e) Angaben über Militärpersonen und entsprechend auch Angaben über Gesamteinwohnerschaft so niedrig, weil Berlin infolge des Siebenjährigen Krieges vermutlich von Truppen entblößt.

(f) Geschätzt auf Basis der Angaben über Militärs einschließlich Familienangehörige.

(QUELLE: Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dec. 1875 in der Stadt Berlin, im Auftrage der städtischen Deputation für Statistik bearbeitet von Richard BOECKH, Berlin 1878, Heft 1, S. 24-28.)

TABELLE 2: Das Bevölkerungswachstum europäischer Haupt- und Großstädte  
1800 bis 1880

	1800	1850	1880	Bevölkerungszuwachs gegenüber 1800 (in %)	
				1850	1880
Barcelona	115.000	175.000	346.000	52	301
Berlin	172.000	419.000	1.122.000	144	552
Birmingham	71.000	233.000	401.000	228	465
Frankfurt a.M.	38.000	60.000	137.000	58	261
Glasgow	77.000	345.000	587.000	348	662
Liverpool	82.000	376.000	553.000	359	574
London	1.117.000	2.685.000	4.770.000	140	327
Mailand	170.000	242.000	322.000	42	89
Manchester	75.000	303.000	341.000	304	355
Marseilles	111.000	195.000	360.000	76	224
Moskau	250.000	365.000	612.000	46	245
München	40.000	96.000	230.000	140	475
Neapel	350.000	449.000	494.000	28	41
Petersburg	220.000	485.000	877.000	120	299
Prag	75.000	118.000	162.000	57	116
Paris	547.000	1.053.000	2.269.000	93	315
Rom	153.000	175.000	300.000	14	96
Wien	247.000	444.000	726.000	80	194

Angaben (jeweils 1800 und 1850) mit Ausnahme Venedigs, Frankfurts und Münchens nach: B. R. Mitchell, Statistischer Anhang 1790-1914, in: Carlo M. CIPOLLA/Knut BORCHARDT, Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4, Stuttgart usw. 1973, S. 490f.

Schätzung für Frankfurt a.M. nach: Ralf ROTH, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760-1914, München 1996, S. 47.

Angaben für München nach: Karl-Joseph HUMMEL, München in der Revolution von 1848/49, Göttingen 1987, S. 261, bzw. Clemens ZIMMERMANN, Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt a.M. 1996, S. 123.

TABELLE 3: Einwohner, Bürger und Militär in Berlin und München  
1800 bis 1870

Jahre <sup>(f)</sup>	Berlin				München		
	Einwohnerschaft		darunter		Einwohnerschaft		darunter
	(absolut)		(in %)		(absolut)		(in %)
	insges. <sup>(a)</sup>	Männer <sup>(b)</sup>	Bürger <sup>(c)</sup>	Militär <sup>(d)</sup>	insgesamt <sup>(a)</sup>	Bürger <sup>(c)</sup>	Militär <sup>(d)</sup>
1801	172.988	49.758	(.)	16,9	40.450	4,0	9,9
1830/31	248.682	78.610	2,0 (9,6)	6,4	77.802	4,6	8,3
1840	328.692	103.834	1,9 (6,0)	5,8	95.531	4,2	13,4
1846	397.767	130.335	1,9 (5,8)	4,8	94.830	4,4	.
1849	410.726	141.238	2,1 (6,0)	5,5	96.396	4,4	14,6
1855	432.685	147.628	(g)	4,8	117.000	6,9	.
1860/61	547.571	185.003	(g)	4,1	127.000	6,6	.
1869/71	826.341	312.756	(g)	2,5	159.000	6,4	.

(a) Absolut; einschließlich der Angehörigen der aktiven Militärs.

(b) Absolut. Mangels anderer Alterskohorten: alle nach dem 14. Lebensjahr; nur männliche Zivilbevölkerung.

(c) Stimmfähige Bürger (Besitzer des Berliner Bürgerrechts). In % der Zivilbevölkerung; in Klammern in % der Männer.

(d) In % der Zivilbevölkerung. Für Berlin: inkl. Familienangehörige.

(e) Inhaber des großen Bürgerrechts. In % der Zivilbevölkerung. Prozentwerte für 1840, 1846 und 1849 geschätzt auf Basis der Angaben zur Zahl der Bürger für 1839 und 1848, für 1855 auf Basis der Angaben zur Zahl der Bürger für 1854.

(f) Erhebungen 1830/31, 1860/61 und 1869/71: München 1830, 1860 bzw. 1869, Berlin 1831, 1861 bzw. 1871.

(g) Drei-Klassen-Wahlrecht für Männer.

QUELLEN. Für Berlin: Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dez. 1875 in der Stadt Berlin, im Auftrage der städtischen Deputation für Statistik bearbeitet von Richard BOECKH, Berlin 1878, Heft 1, S. 26ff.; Manfred A. PAHLMANN, Anfänge des städtischen Parlamentarismus in Deutschland. Die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung unter der Preußischen Städteordnung von 1808, Berlin 1997, S. 123. Für München: Ralf ZERBACK, München und sein Stadtbürgertum. Eine Residenzstadt als Bürgergemeinde 1780-1870, München 1997, S. 41.

TABELLE 4: Sozialstruktur der Berliner Bevölkerung nach der Statistik der Erwerbstätigen (in %)

	1801	1810	1840	1843	1846	1849	1861
<b>Bürgertum</b>	3,62	4,58	5,06	5,02	4,97	4,92	8,42
darunter: Wirtschaftsbürgertum <sup>(a)</sup>	0,29	0,38	0,45	0,49	0,57	0,59	0,70
höhere Staats- und Kommunalbeamte	1,59	0,63	0,73	0,66	0,62	0,60	0,45
Bildungsbürgertum, freie Berufe <sup>(b)</sup>	0,88	1,78	1,24	1,27	1,25	1,34	1,56
reiche Rentiers und Pensionäre	0,61	0,55	0,68	0,69	0,71	0,77	0,88
Studenten u.a. in Ausbildung für bürgerl. Beruf	–	0,51	1,12	1,07	0,96	0,71	2,48
Journalisten, Literaten, Schauspieler etc.	0,25	0,78	0,84	0,84	0,86	0,93	2,35
<b>Mittelschichten</b>	12,95	11,13	14,01	13,88	14,23	12,48	9,97
darunter:							
wohlhabende Handwerksmeister <sup>(c)</sup>	5,45	5,94	6,67	6,49	6,71	4,40	2,21
mittlere und untere Beamte <sup>(d)</sup>	3,14	1,69	1,95	1,96	2,01	2,17	2,18
kleine Kaufleute	1,22	0,83	1,32	1,37	1,46	1,51	1,49
Verkehrsgewerbe u. Gastwirte <sup>(e)</sup>	1,33	1,04	1,34	1,29	1,20	1,31	1,45
übrige Rentiers und Pensionäre	1,81	1,63	2,73	2,77	2,85	3,09	2,64
<b>Unterschichten</b>	83,43	84,29	82,03	81,10	80,80	82,60	81,61
– proletaroider Selbständige	8,88	15,10	10,38	10,11	10,77	12,65	8,20
darunter:							
proletaroider Handwerksmeister <sup>(f)</sup>	7,38	12,90	9,41	9,09	9,69	11,54	7,23
Viktualienhändler, Hausierer usw.	1,50	2,20	0,97	1,02	1,08	1,11	0,97
– Proletariat, qualifizierte Arbeitskräfte; darunter:	35,06	21,75	37,56	38,14	37,80	37,12	42,05
qualifizierte (Fabrik-)Arbeiter	1,29	5,03	7,09	7,42	10,44	10,82	17,33
Handwerksgesellen	32,61	15,12	25,21	25,39	21,34	21,75	20,87
Handlungsdiener u.a.							
lohnabh. Dienstleistende	1,16	1,60	5,26	5,33	6,02	4,55	3,65
– Proletariat, unqualifizierte Arbeitskräfte; darunter:	27,90	31,65	25,55	24,86	26,87	27,50	27,73
unqualifiz. weibl. u. männl. Arbeiter	9,87	17,32	9,75	9,19	8,78	10,41	13,97
weibl. u. männl. Dienstpersonal	18,03	14,33	15,80	15,67	18,09	17,09	13,76
– Subproletariat (Erwerbslose, Kriminelle, Arbeitshaus-Ins. etc.) <sup>(g)</sup>	11,59	15,79	18,54	7,99	5,36	5,33	3,63

- (a) Größere (industrielle) Fabrikanten, Inhaber von Bankhäusern, Großkaufleute.
- (b) Ärzte, Lehrer, Geistliche etc.
- (c) Alle, die die Gewerbesteuer entrichten konnten.
- (d) Einschließlich „Privatbeamte“.
- (e) Einschließlich Küster und Kirchendiener.
- (f) Alle, die von der Gewerbesteuer befreit waren.
- (g) Seit 1846 erheblich zu niedrig.

ANMERKUNG: Insbesondere die Angaben für die Jahre 1801 bis 1843 mußten zu erheblichen Teilen geschätzt werden. Für den gesamten Zeitraum geschätzt wurden innerhalb der Kategorie Bürgertum 1. die größeren Fabrikanten (50% sämtlicher Fabrikanten), die großen Kaufleute und Bankiers (20% aller Händler und Bankiers, ohne Hausierer, Viktualienhändler, Höker und Händler mit Kurzwaren), 2. die reichen Rentiers und Pensionäre (20% aller Rentiers und Pensionäre) sowie 3. die Journalisten und Literaten sowie das Personal von Oper und Schauspielhaus. Innerhalb der Kategorie Mittelschichten 1. die kleinen Kaufleute (80% aller Händler, ohne Hausierer etc.) sowie 2. die übrigen Rentiers und Pensionäre (80% aller Rentiers und Pensionäre).

QUELLE: Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dec. 1875 in der Stadt Berlin, im Auftrage der städtischen Deputation für Statistik bearbeitet von Richard BOECKH, Berlin 1878, Heft IV, S. 6-13.

TABELLE 5: Verteilung der Selbständigen und abhängig Beschäftigten auf die einzelnen Gewerbebezüge 1840 bis 1849 (in % sämtlicher Selbständiger bzw. abhängig Beschäftigter)

	Selbständig Gewerbetreibende <sup>(a)</sup>							Abhängig Beschäftigte <sup>(b)</sup>						
	1801	1810	1840	1843	1846	1849	1861	1801	1810	1840	1843	1846	1849	1861
Eisen- und Metallgewinnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,04	0,04	0,2	0,5	0,5	0,5	1,0	2,8	1,6
Maschinen- u. Werkzeugbau, Feinmechanik u. Optik	2,3	1,4	1,4	1,6	2,0	2,0	3,4	0,8	2,1	2,5	3,5	7,8	3,7	9,5
Metallverarbeitung	9,9	3,7	5,8	5,9	6,4	6,6	9,4	9,8	6,7	8,9	9,9	11,9	9,6	10,5
Steine und Erden	1,0	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,8	1,6	5,7	3,1	2,9	2,4	1,9	2,7
Baugewerbe	5,3	0,5	3,8	4,4	3,9	3,8	6,1	7,3	7,4	10,8	12,1	9,6	6,0	8,7
Holz- und Schnitzstoffe	7,0	4,0	7,8	8,7	8,8	9,6	12,4	4,6	9,3	9,1	0,0	11,0	9,7	8,8
Papier- und Ledergewerbe	2,8	1,9	3,2	3,6	4,4	3,7	6,1	1,7	3,7	4,9	5,2	5,2	4,7	5,6
Polygraphisches Gewerbe	0,4	0,2	0,5	0,5	0,5	0,4	0,8	0,7	2,4	0,9	1,2	2,3	2,6	3,4
Textilgewerbe	29,6	36,8	30,7	26,4	23,7	10,8	10,8	56,5	20,7	35,2	29,6	20,6	31,4	21,5
Bekleid.- u. Reinigungsgew. <sup>(d)</sup>	26,9	44,3	40,4	42,1	43,4	53,9	35,3	10,4	23,6	16,4	16,6	17,5	15,0	14,9
Nahrungs- u. Genußmittelgew.	8,3	4,0	3,8	4,0	3,9	4,6	6,6	5,5	11,9	6,3	7,2	8,7	9,4	8,0
Übrige <sup>(e)</sup>	6,5	2,8	2,2	2,4	2,6	4,1	8,3	0,9	6,0	1,4	2,3	2,0	3,2	4,8

(a) Handwerksmeister, Fabrikanten, Eigentümer von Anstalten oder Werken.

(b) Handwergesellen, Arbeiter, Lehrlinge.

(c) Die Zahl der im Maschinenbau (einschließlich Eisenwerke) beschäftigten Arbeitskräfte wurde für 1846 und 1849 im Vergleich zur amtlichen Statistik um 40% nach oben korrigiert, da eine entsprechende Zahl von Gesellen, die in Maschinenbau-Unternehmen beschäftigt wurden, von der amtlichen Statistik ihren erlernten Berufen und damit der Metallverarbeitung zugeschlagen wurden.

(d) Einschließlich Friseur- und Barbierere.

(e) Chemisches Gewerbe, Heiz- und Leuchtstoffe, künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke, Gärtnerei und Fischerei.

QUELLE: wie Tabelle 4.

TABELLE 6: Nicht-zünftige Meister 1827 und 1843 (in % sämtlicher Meister)

	1827	1845	Betriebsgröße 1845	
			zünftige Meister	nicht-zünftige Meister
Bäcker	5,4	19,0	3,3	0,4
Zimmerleute	.	30,8	46,7	.
Raschmacher	12,5	56,9	1,6	.
Schlachter	46,2	61,7	3,5	1,5 (a)
Maurer	0,0	65,4	57,4	.
Korbmacher	37,5	64,0	2,4	.
Schlosser	59,3	64,0	9,8	0,4
Seidenwirker	.	68,9	2,2	.
Handschuhmacher	50,6	80,2	2,5	0,4
Schuhmacher	37,0	81,7	3,5	0,5 (a)
Hutmacher	57,9	86,0	6,7	0,8 (a)
Tischler	57,9	86,5	7,7	0,7 (a)
Schneider	59,5	86,6	5,1	0,4 (a)
Stuhlmacher	.	87,5	.	.
Handwerker insgesamt	.	75,5		

(a) Berechnet aus dem arithmetischen Mittel der Gesamtzahl der Gesellen für die Jahre 1843/46.

QUELLE: Friedrich SASS, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung (1846), Berlin 1983, S. 152f.; Jürgen BERGMANN, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 44f.

TABELLE 7: Prozentsatz der steuerpflichtigen Berliner Handwerksmeister und durchschnittlicher Steuersatz pro Kopf in charakteristischen Gewerben im Jahre 1841

	Zahl der steuerpflichtigen Meister	In % der Gesamtmeisterzahl	Taler pro Kopf der Steuerpflichtigen
Bäcker	239	100,0	35,3
Fleischer	289	100,0	29,2
Zimmerer	48	87,3	30,1
Maurer	51	70,0	29,5
Schlosser	204	53,0	6,4
Korbmacher	220	52,8	5,7
Hutmacher	31	46,3	9,0
Handschuhmacher	61	35,9	8,4
Tischler	553	32,6	6,7
Seidenwirker	236	22,9	4,7
Schneider	407	14,5	7,7
Schuhmacher	407	14,5	7,3
Zeug- und Raschmacher	56	13,0	5,0
Baumwoll-Leineweber	242	10,7	4,5
Stuhlmacher	18	9,0	0,5

QUELLE: Jürgen BERGMANN, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 207ff.

TABELLE 8: (Nominal-)Löhne in ausgewählten Berufsgruppen 1827 bis 1853<sup>(a)</sup>

	Lohnentwicklung			Lohnhierarchie
	Index: 1845=100			Index: Durchschnittslohn der Former und Gießer = 100
	1827	1845	1853	1845
Former u. Gießer (F)	.	100,0 <sup>(b)</sup>	136,5	100,0
Kesselschmiede (F)	.	100,0 <sup>(b)</sup>	180,0	90,9
Dreher (F)	.	100,0 <sup>(b)</sup>	189,5	81,5
Schlosser (F)	.	100,0	133,5	81,8
Schlosser (H)	.	100,0	.	63,6
Tischler (F)	.	100,0	112,5	72,7
Tischler (H)	153,5	100,0	.	59,4
Zimmerer	96,0	100,0	100,0	72,7
Maurer	93,0	100,0	106,0	68,5
Böttcher	91,0	100,0	108,5	60,0
Bäcker	91,0	100,0	.	60,0
Buchdrucker	.	100,0	.	59,4
Drechsler	122,5	100,0	92,0	59,4
Schuhmacher	122,5	100,0	107,0	59,4
----- Existenzminimum <sup>(d)</sup> -----				
Uhrmacher	80,0	100,0	.	45,5
Schneider (Herren-)	.	100,0	.	50,3
Schneider (Damen-)	140,5	100,0	.	38,8
Schneiderin	.	100,0	.	36,4
Posamentierer	.	100,0	.	36,4
Weber	.	100,0	.	31,8
Handschuhmacher <sup>(e)</sup>	100,0	100,0	.	27,3
Blumenmacherin	.	100,0	.	21,8
Fabrikarbeiterin <sup>(f)</sup>	.	100,0	113,5	20,0
Spulerinnen	.	100,0	107,0	12,7
Zigarrenmacherinnen	.	100,0	347,0 <sup>(g)</sup>	10,9
<b>Lebenshaltungs- kostenindex<sup>(h)</sup></b>	70,2	100,0	122,8	

(F) = Fabrik; (H) = Handwerk.

ANMERKUNG: Die Indices basieren auf zum Teil unterschiedlichen Schätzwerten von BERGMANN (der sich für 1845 auf die Angaben von SASS stützt) und BAAR (der für 1845 meist die Angaben von DRONKE zugrundelegt); in der Regel wurden für 1845 die Zahlen von Saß übernommen. Zum Teil streuten die Angaben beträchtlich; zwecks Vergleichbarkeit wurde dann das arithmetische Mittel zugrundegelegt. Da die Angaben nur grobe Richtwerte sein können, wurden alle Indices zu halben Prozentwerten gerundet.

- (a) Lohn und Kost wurde für 1827 = 2 Taler und für 1845 = 2¼ Taler gesetzt. „Schlechte“ oder „stille Zeiten“ – meist Zeiten saisonal bedingter Erwerbslosigkeit – wurden nicht berücksichtigt; nach den Angaben von Saß und Dronke konnten diese Zeiten vier Monate und mehr dauern.
- (b) 1847.
- (c) Handwerk.
- (d) Das Existenzminimum war natürlich keine feste Größe. Nach Angaben, die Grunholzer 1843 mitteilte, mußte eine vierköpfige Familie pro Tag mindestens 6 Sgr. und 11 Pfg. nur für Nahrung, Beleuchtung und Heizung aufwenden; Miete und Bekleidung sind darin noch nicht enthalten (vgl. Bettina v. ARNIM, Werke und Briefe, Bd. 3, Darmstadt 1963, S. 242). Einschließlich der beiden letzten Posten lag das Existenzminimum pro Woche damit bei mindestens 2½ bis 3 Talern.
- (e) Überwiegend Frauen.
- (f) 1845: allgemein; 1853: Arbeiterinnen in Kattunfabriken.
- (g) Hoher Prozentsatz erklärt sich aus niedrigem Basiswert.
- (h) Nach: Jürgen KOCKA, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 495.

QUELLE: Jürgen BERGMANN, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 237, 242f.; Lothar BAAR, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, S. 185f.; Friedrich SASS, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung (1846), Berlin 1983, S. 162-166.

TABELLE 9: Häuser und Personen je Haus in Berlin 1720 bis 1871  
(jeweils Jahresende)

	Zivilbevölkerung <sup>(a)</sup> insgesamt	Häuser absolut <sup>(b)</sup>	Personen je Haus
1720	53.355	4.312	12,4
1730	58.122	4.855	12,0
1740	68.891	5.796	11,9
1750	89.523	5.639	15,9
1760	95.245	6.196	15,4
1770	106.606	6.388	16,7
1780	109.694	6.522	16,8
1790	121.873	6.725	18,1
1800	146.911	7.036	20,9
1810	156.143	6.889	22,7
1820	185.829	7.082	26,2
1830 <sup>(c)</sup>	236.512	7.330	32,3
1840	315.380	7.994	39,5
1850 <sup>(d)</sup>	400.869	9.155	43,8
1860 <sup>(e)</sup>	506.940	11.285	44,9
1871	806.397	13.951	57,8

(a) Ohne Militärs, aber inkl. Angehörige der Militärs (vgl. Tabelle 1).

(b) Seit 1810: nur Wohnhäuser (ohne Hinterhäuser). Bis 1810 zählte die amtliche Statistik sämtliche Gebäude, also auch Kirchen, Krankenhäuser und andere öffentliche Häuser sowie Fabriken, Magazine, Ställe, Scheunen etc.

(c) Häuser: 1831.

(d) Häuser: 1849.

(e) Häuser: 1861.

QUELLE: Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dez. 1875 in der Stadt Berlin, im Auftrage der städtischen Deputation für Statistik bearbeitet von Richard BOECKH, Berlin 1878, Heft 1, S. 24-29.

TABELLE 10: Leerstehende und wegen Armut nicht besteuerte Wohnquartiere in Berlin 1815 bis 1870

	<u>Gesamtzahl der Quartiere</u>	<u>Leerstehende Quartiere in % (a)</u>	<u>Wegen Armut nicht besteuerte Quartiere in % (a)</u>
1815	40.588	0,8	5,3
1828	49.935	3,5	17,3
1830	51.794	3,0	20,1
1840	60.714	2,4	13,9
1843	68.342	3,7	14,9
1846	74.287	2,2	18,5
1849	79.910	5,0	21,3
1850	80.820	3,1	19,5

(a) In % sämtlicher Wohnquartiere.

Günter LIEBCHEN, Zu den Lebensbedingungen der unteren Schichten im Berlin des Vormärz. Eine Betrachtung anhand von Miet- und Wohnverhältnissen, in: Otto BÜSCH (Hg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg, Berlin 1971, S. 309, Tab. 10.

TABELLE 11: Zahl der Familien, die im Berliner Arbeitshaus wegen Obdachlosigkeit Unterkunft fanden

	Familien insgesamt	Familien mit mehr als vier Personen	Familienmitglieder insgesamt
1837	68	36	318
1838	44	18	206
1839	61	26	263
1840	50	9	150
1841	59	16	229
1842	65	25	260
1843	60	22	242
1844	38	14	144
1845	23	6	98
1846	46	15	182
1847	183	49	737
1848	114	35	435
1849	75	23	288
1850	42	8	145
1851	82	40	377
1852	240	96	995
1853	274	93	1093
1854	407	127	1560

QUELLE: Landesarchiv Berlin, Stadtarchiv, Rep. 03, Nr. 693, Bd. II, bzw. Rep. 03, Nr. 732.